



DIE RÖTE / Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Bellagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturmampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunist. Genossenschaft

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark
(ohne Zustellungspreis) / Verlag: Dresden-Döbeln-Gesellschaft m. b. H., Dresden-El / Geschäftsstelle
und Redaktion: Müllerbahnhofstraße 2 / Herausgeber: 17230 / Postgeschäft: Dresden-El, 18691
Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr
für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Einzelpreis: die neuemal gespaltene Monatsheftseite oder deren Raum 0,20 RM, für Familien-
angelegenheiten 0,20 RM, für die Reklamezeile am Schluss an den dreißigstel Teil einer Zeitschrift 1,50 RM.
Einzelgenüge: Wochenzeitung bis 9 Uhr vormittags in der Zeitung Dresden-El, Müllerbahnhof-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren
Betrieben besteht kein Unterschied auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Freitag den 11. Oktober 1929

Nummer 238

Neue Preistiegerungswelle

Kommunistischer Antrag auf Rückberufung Böß im Berliner Stadtparlament angenommen

Im Zeichen des Antisowjetkurses

Heute Gründung des Zündholztrusts!

Amerikanisch-schwedisches Zündholz kaufte russisches Monopol für 500 Millionen / Deutsche Zündholzpreise um 20 Prozent erhöht / Ein Sozialdemokrat Direktor des neuen Wuchermonopols!

Der Leiter des amerikanisch-schwedischen Zündholztrusts Ivar Kreuger will heute in Berlin mit dem Reichsfinanzminister Hilferding und dem Reichswirtschaftsminister Curtius den Vertrag über die Bildung des deutschen Zündholzmonopols abschließen.

Dafür übernimmt der amerikanisch-schwedische Zündholztrust die Garantie für eine Reichsanleihe von 500 Millionen Mark. Der Zinszah soll sich auf etwa 8 Prozent belaufen, wird aber tatsächlich das vielfache betragen. Aus dem Zündholzmonopol werden dem Zündholztrust gewaltige Gewinne zufließen. Die Zündholzpreise sollen nach Errichtung des neuen Monopols um 20 Prozent erhöht werden.

Dieses neue Zündholzmonopol ist ein bedeutungsvoller Teil der Preiswuchermasse, die sich über die werktägige Veröffentlichung Deutschlands ergiebt. Unter dem sozialdemokratischen Reichsfinanzminister erobert sich der private Monopolkapitalismus Schritt für Schritt neue Machtpositionen. Wiederum ist es das amerikanische Finanzkapital, das eines der wichtigsten Massenverbrauchsgebiete an sich reicht, denn Ivar Kreuger ist nichts anderes als der Strohmann der amerikanischen Finanzkapitalisten, die durch den schwedischen Zündholztrust bereits das staatliche Zündholzmonopol in Estland, Lettland, Rumänien und Polen an sich gerissen haben. Gerade diese Tatsache weist jedoch ein neues und sehr bedeutsames Moment bei dieser Monopolsbildung auf. Es sind nämlich die Randstaaten der Sowjetunion, bei denen der Zündholztrust des amerikanischen Finanzkapitals einen entscheidenden Vortrieb durchgeführt hat, und jetzt ist es Deutschland, das militärisch ideale Durchmarschgebiet bei einem Krieg gegen die Sowjetunion, das damit auf ökonomischer Basis in die Antisowjetfront eingereiht wird. Nichts anderes stellt diese Zündholzmonopolsbildung in Deutschland dar, als daß eine großzügige wirtschaftliche Gegenaktion gegen den Zündholzexport der viel billigeren und gleichwertigen Hölzer der Sowjetunion durchgeführt wird.

Denn der erste Schritt des Zündholztrustes muß das Verbot der Einfuhr der Sowjetzündhölzer sein.

So dient dieser neue Trust nicht nur der Ausweitung breiter Massen der Werktäler, sondern stellt gleichzeitig eine Verstärkung des Antisowjetkurses in Deutschland dar und wird zu einer Aktivierung der antisowjetischen Politik des deutschen Kapitalismus beitragen. Dieser neue Vortrieb steht im engsten Zusammenhang mit den Reparationsberatungen im Haag, denn das Youngabkommen hat den deutschen Kapitalismus bedingungslos unter die Vormäßigkeit des amerikanisch-englischen Finanzkapitals gestellt, das diese Position zur Sicherung ihres Antisowjetblocks rücksichtlos ausnutzt.

Wie logistisch das Großkapital an die Herstellung einer möglichst breiten Basis zum Kampf gegen den sozialistischen Wirtschaftsaufbau der Sowjetunion geht, zeigt aber noch die interessante Tatsache, daß

alle auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stehenden Parteien in Deutschland materiell an diesem politisch wichtigen Trust interessiert werden.

Von den Böllischen bis zu den Sozialdemokraten sind Bands des Interesses an dieser Trustbildung geknüpft worden. Im Verwaltungsrat des Zündholztrusts sitzt z. B. Oskar Wassermann, der ehemalige Direktor der Deutschen Bank- und Disconto-Gesellschaft, in der wiederum Demokraten und Volksparteier, deutschnationale und völkische Großindustrielle und Großarbeiter sitzen. Die offizielle deutsche Bankbindung von Ivar Kreuger ist jedoch die mit Hugenberg und den Nationalsozialisten verbundene Darmstädter und Nationalbank. Damit wird auch die reiche Heuchelei des völkischen Flügels der deutschen Bourgeoisie gegenüber dem Youngplan gekennzeichnet. Während

(Fortsetzung S. Seite)

Die antibolschewistische Pleite

Die Berliner griechisch-orthodoxe Kathedrale unter dem Hammer



Die Pleite der russischen Emigranten in Berlin hat zur Versteigerung der Tichon-Kathedrale geführt. Nur der Generaldirektor der A.G. für Bauausführung hat 150.000 Mark, andere Angebote liegen nicht vor. Das weißparteiische Gefinde braucht auch keine Kirchen, die propagieren sie nur für das Volk, das sie aus dem Tempel hinausjagt. Jetzt besteht der Bischof Tichon um Gnade und hat durch seinen Rechtsanwalt Aufschub des Judgments auf den Generaldirektor bis zum 22. Oktober erwirkt. Vielleicht hat er bis dahin das Geld zusammengeholt. Die Pleite des Antisowjetwissens wird jedoch dadurch nicht aufzuhalten sein.

Unter Bild zeigt Tichon mit seinem Rechtsanwalt.

Große Hilfsaktion für die Rohrleger

1000 Lebensmittelportionen verteilt

(Von unserem Berliner Korrespondenten)

Am Mittwoch fand in Berlin eine große Solidaritätsfundgebung der JAG für die streikenden Rohrleger statt, die bei jedem Teilnehmer einen überwältigenden Eindruck hinterließ. Der große Saal von Klemm in Neukölln war eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung überfüllt, so daß auch der kleine Saal für eine ebenfalls überfüllte Kundgebung zu Hilfe gekommen werden mußte. Mit begeisterten Aufforderungen wurden die Kundgebungen eröffnet, in denen für die Rohrleger die Genossen Riedel und Rohn und für die JAG die Genossen Leupold und Lange das Wort nahmen. Der einmütige Will, im Kampf auszuharren, ihn mit allen zur Verfügung stehenden Kräften zu unterstützen, verband die Rohrleger mit allen anderen Verbandsangehörigen, die schon am Anfang der Kundgebung zum Zeichen ihrer Solidarität ganze Ränge

voll Lebensmittel für die Streikenden und deren Frauen und Kinder herantrugen. Neben sechs Wochen stehen die Rohrleger und Helfer nun bereits im Streik gegen Unternehmertum, Staatsapparat und reformistischer Gewerkschaftsbürokratie, aber diese letzteren Idioten liegen zusammen, einige in dem Willen, auszuholen im Kampf bis zum endgültigen Sieg. Große Opfer sind es, die die Streikenden zu bringen haben, sehr hoher bewerteten sie die große Hilfe, die ihnen durch die JAG zuteil wird. Es noch einige Namen, die die Agitpropgruppe „Rote Linke“ des USW führt und der auf einer Durchreise nach Russland in Berlin befindlichen Polnischen Propagandatruppe „Rote Schmiede“ bekanntgemacht wurde, daß über tausend Lebensmittelportionen am gleichen Abend zur Verteilung kommen, erlöste minutenlangen Beifall, und spontan jungen alle Anwesenden unter alten Kampfliedern „Die Internationale“. Unschlüssig wurde dann die Verteilung der Lebensmittel vor-

nommen.

Auch in Dresden ist die Sammelaktion für die streikenden Rohrleger und Helfer Berlin in vollem Gange. Bisher wurden bereits 800 Mark durch die JAG an die Streikleitung nach Dresden überwiesen. Die außerordentliche Schwere des Kampfes und die zunehmenden Streikdurchnahmen der Gewerkschaftsbürokratie gegen die kämpfenden Rohrleger muß auch in Ost Sachsen die Verstärkung der Sammeltätigkeit zur Folge haben. Ebenso wie die Geldsammlungen von großer Bedeutung sind, ist eine wirkliche Unterstützung für die Familien der kämpfenden Rohrleger, die Sammlung von Lebensmitteln, Kartoffeln, Nudeln, Fleisch usw., Gegenstände, die nicht während der Dauer des Transports zu verlieren drohen.

Ein negativer Kampf der Rohrleger ist von entscheidender Bedeutung im Kampf gegen den Reformismus, deshalb ist die Steigerung der Sammlung trotz der bereits geleisteten Arbeit auch in Ost Sachsen unerlässlich. Kein Betrieb, kein revolutionärer Arbeiter, keine revolutionäre Arbeiterin darf ohne Sammelleiste für die Rohrleger sein. In allen Betrieben und Orten müssen Sammelleisten sowohl für Geldsammlungen, als auch für Lebensmittelversorgungen eingerichtet werden. Für Dresden werden die Sammelergebnisse, auch die Lebensmittel in der JAG, Am Poppig Nr. 18, abgegeben. Telefonische Anfragen unter Nummer 11 6531.

Gellert bei der „Arbeit“

Die oppositionellen Bezirksvorstandmitglieder Flehmig (02), Löckle (Neustadt) und Otto (Pirna) ausgeschlossen.

Kurz vor Redaktionsschluss erreicht uns die Nachricht, daß den oppositionellen Jubballern der Bezirksleitung, Flehmig, Löckle und Otto ein Ausschlußverfahren aus dem Arbeiter-Turn- und Sport-Bund anhängig gemacht wird. Damit will man erreichen, daß die Mehrheit des Bezirksvorstandes, die die Opposition bisher darstellte, dem Widerstandskreis der Mitgliedschaft entzogen werden soll. Bewußt und planmäßig leitete dabei die reformistische Bezirks- und Kreisleitung dem Rauschmelzer Gellert Hilfsdienste. Die Solidarität der obigen drei Genossen mit den bereits ausgeschlossenen Funktionären Jaglau und Voigt beweist, daß die klassenbewußten Arbeiter-Sportler sich eins fühlen im Kampf gegen die Saboteure der Einheit, gegen die Zersetzung jahrelanger Aufbauarbeit.

Was wir voraus sagten, ist eingetroffen. Wenn Gellert sich in die Hände spukt, läßt er „ganze“ Arbeit. Mit dem Ausschluß einzelner Funktionäre beginnt man in der Sächsischen Spielvereinigung der Opposition auf den Leib zu rüden. Ganze

Parteien werden folgen und Organisationsteile noch nicht das Ende sein. Man hat sich die Sache nicht umsonst bis zuletzt aufgehoben, nachdem man bereits in den anderen Kreisen Deutschlands mehr als 60.000 Arbeiter-Sportler ausgeschlossen hat. Gellert! Brüderchen, die Wels, Scheidemann, Müller, Seidenberg, Kofo, usw., werden mit ihm erst dann zufrieden sein, wenn er vor ihnen mit den Händen an der Hosentasche beschlossen meint werden.

„Reichsbanner überall aufgenommen; Arbeitsgemeinschaften mit der DT gebildet; dem „Volksport“ steht nichts mehr im Wege!“

Gemach ihr Herrschaften! Beim Zählen muß der Witz dabei sein. Die Arbeiter-Sportler werden eure „Arbeit“ zu würdigen wissen. Schon leben die ersten Proteste ein. Im Massenturnen werden die klassenbewußten Arbeiter-Sportler die reformistischen Führer überreden, die Schwarzrotgoldene Farbe herunterzulassen und die rote Fahne aufzuhissen als Symbol des proletarischen Klassenkampfes für die rote Einheit und gegen die Spalten der Arbeiter-Sportbewegung.

eine wütende Agitation zur Verwirrung der Kleinbürgerschaft einsetzt, organisiert man bereits die finanzielle Basis für die Durchführung deselben Planes.

Das bezeichnendste jedoch ist, daß als Direktor des Zündholztrustes ein Sozialdemokrat aussehen werden ist.

Es ist der SPD-Minister a. D. Südekum, einer der Finanziers des Reichsbanners, der diesen neuen Zündholztrusten besetzen wird. Gerade diese Berufung mischt alle den sozialdemokratischen Arbeiter als eines der schmachvollsten Symptome der gesammelten Verrottung seiner Partei erkennbar sein, denn was das Kapital durch die Eröffnung einer solchen neuen „Sozialdemokratischen Macht-positiven“ bewirkt, liegt klar auf der Hand.

Die Deutschen Werktätigen müssen die Wetterzeichen entziffern und den Wirtschaftskonkurrenzkampf zu deuten wissen, ehe es zu spät ist. Der Antikriegsbund formiert und koordiniert schon seine Bataillone. Die Sammlung der Antikriegszusage der Arbeiterschaft kann und muß deshalb unverzüglich durchgeführt werden. Sie braucht dazu eine einheitliche politische Führung. Diese Führung kann nur in die sozialistische Partei darstellen, die entschlossenen Kämpfers gegen die Verhängung von Arbeitsergebnissen, sozialistisch mit dem bürgerlich-kapitalistischen Staat und für die sozialen Interessen der werktätigen Massen kämpft. Die neue Weltgewinnswelle, die das Trustkapital mit Hilfe einer sozialdemokratischen Handlanger über die breiten Menschen erzielt, muß ein lautes Echo des alten Widerstandes gegen die Wucher- und Kriegspolitik des neuen deutschen Imperialismus zur Folge haben. Dieses Echo findet seinen berechtigten Ausdruck in der Särtung der kommunistischen Partei.

In der größeren Verbreitung der kommunistischen Presse in der Unterführung des Wahlfonds der KPD durch die geliebte werktätige Bevölkerung und muß am 17. November münden in ein politisches Vertrauensvotum für die antikapitalistische und antikolonialistische Partei, durch Wahl von Kommunisten in allen Gemeinden.

Der Gegenzug der Sowjets

Berlin, 11. Oktober. (Telunion)

Das entzündete Zündholzhandblatt hat wie dem Völknerkreis und Moskau gemeldet, daß in einer Reihe leichter Sitzungen beschlossen, zur Erweiterung der russischen Zündholzausfuhr nach dem sozialen Auslande die Preise für die russischen Erzeugnisse erneut herabzulegen. Der erste Anlaß ist der deutsche Markt für die Erweiterung auszusehen. Es wird verabsichtigt die russische Ausfuhr in den nächsten Monaten besonders zu erweitern.

Steuerfreiheit für das Trustkapital!

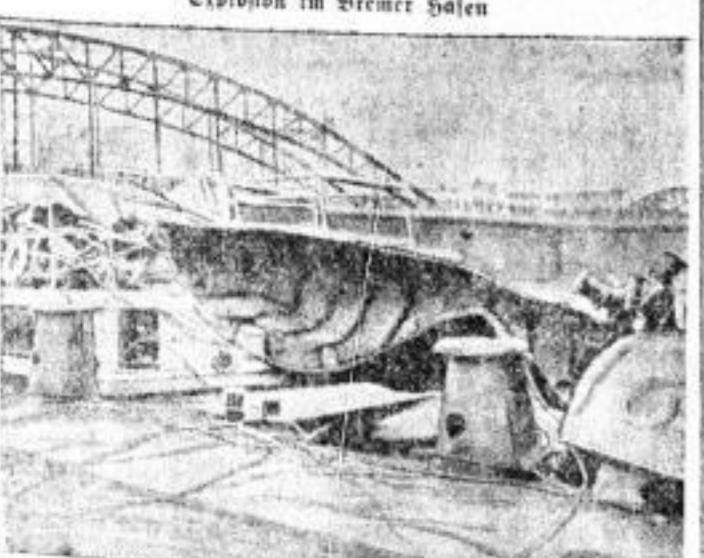
Das Berliner Tageblatt vom 10. Oktober meldet, daß eine Erweiterung des „Schnell-Kreditgesetzes“ bei der Körperschafts- und Vermögenssteuer geplant sei. Dieses Prinzip erleichtert die Zusammenfügung großer Konzerne, verhindert die Bildung von Muttergesellschaften, die nur einen Teil des Aktienkapitals der Tochtergesellschaften halten müssen, um sie zu beherrschern. Verträgt nämlich der Anteil der Muttergesellschaft am Kapital der Tochtergesellschaft mehr als 25 Prozent, so stehen die Einnahmen der Muttergesellschaft aus ihrem Aktienbesitz steuerfrei, die gleichen Preise werden nur bei der Tochtergesellschaft besteuert. Das Berliner Tageblatt spricht nun davon, daß eine Erweiterung dieses Prinzipes bis zu einem Aktienbesitz von 50 Prozent der Tochterkapitals geplant sei. Das würde zugleich auch eine wesentliche Änderung im Charakter des Protektionismus. Während es heute eine große Steuerleichterung in bezug auf die Eigentumsnahmen der Konzerne ist, würde es dann zu einer allgemeinen Steuerbefreiung für alle Großaktionäre werden. Denn es ist klar, daß mit einer Kapitalbeteiligung von 50 Prozent niemand ein Unternehmen ernstlich befürchten kann oder auch nur politisch bedrohen will. Eine beständige Herabsetzung des „Schnell-Kreditgesetzes“ bedeutet nicht nur eine außerordentliche Gleichteilung des Ausbaues der großen Konzerne, sondern eine allgemeine Steuerbefreiung für alle größeren Unternehmen, wenn sie nur bleibt die geschäftliche Form von Muttergesellschaften tragen, was ja heute bei allen großen konzernähnlichen Unternehmungen der Fall ist. Die Begründung für die geplante Erweiterung ist die übliche „Schutz vor Kapitalflucht ins Ausland“, Beseitigung von Auslandskapital durch Steuerleichterungen. Es ist dieselbe Begründung, mit der alle Steuerabzüge der Hitlerdinge gegen die werktätigen Massen zwecks größerer Steuerleichterung für die Besitzenden begründet werden.

Großfeuer in Kopenhagen

Explosion der Öl- und Benzintanks

U. Kopenhagen. Ein großer Brand wütete in der vergangenen Nacht im Zentrum Kopenhagens auf dem in der Nähe des Hauptbahnhofs gelegenen alten Bahnhofsgediebt. Dort befinden sich mehrere Maschinenlager, ein Automobilager und eine große Garage. Das Feuer bereite sich mit rasantem Geschwindigkeit aus, gerichtet von einer Menge leicht brennbarer Stoffe, wie Öl und Benzin. Eine Explosion folgte der anderen. Erst nach dreißigstündiger Arbeit konnte die Wehr des Feuers Herr werden. Der Schaden ist sehr groß. Viele Automobile, darunter zehn neue, angeblich unverzichtbare Mercedeswagen, sind verbrannt. Die Zahl der vernichteten Wagen steht noch nicht fest. Die Angaben schwanken zwischen 50 und 100. An den Bergungsarbeiten beteiligten sich auch Zuschauer, die zu laufenden die Brandstätte umlieferten. Nach den Angaben eines Nachtwächters muß mit der Möglichkeit einer Brandstiftung gerechnet werden.

Explosion im Bremer Hafen



Im Bremer Hafen explodierte in der Nähe der Kaiserbäude der dort liegende Zündholzspeicher, wobei viele Personen getötet und einige andere verletzt wurden. Die Trümmerstüde liegen mehrere Meter weit. Durch den Rauchdruck wurden in den angrenzenden Straßen hämische Fenster Scheiben zertrümmert. — Unter Bild läuft die Wirkung der Explosion deutlich erkennen.

Amerikanischer Expresszug verunglückt

Fünf Reisende getötet

U. London. In der Nähe von Portage ist der Expresszug Pittsburg-Washington auf einen Güterzug ausgelaufen. Fünf Personen wurden getötet, verschiedene andere verletzt. Eine Hilfsexpedition mit Aeroplanen, Kranken- und medizinischen Artikeln ist unterwegs.

Dampferzusammenstoß im Hafen von Yokohama

U. Tokio. Der japanische Dampfer „Kotoshimo-Maru“ ist am Dienstag infolge starken Nebels im Hafen von Yokohama mit einem anderen japanischen Dampfer zusammengestoßen und im Verlauf weniger Minuten gesunken. Die Mannschaft bestand aus 30 Personen, die zum Teil ertrunken sind.

Karteigenossen!

Die Wirtschaftskämpfe und insbesondere der vor uns stehende Wahlkampf erfordert von uns, alles zu tun, die arbeitenden Massen für den revolutionären Befreiungskampf zu gewinnen, sie loszulösen von der verbürgerlichten Sozialdemokratie und sie um die roten Fahnen des revolutionären Klassenkampfes zu scharen. Geld braucht die Partei in diesem schweren Ringen. Deshalb rufen wir Euch zu:

Gießt Wahlpulver!

Sammelt, stärkt den Wahlfonds der Partei!

Auf! Jeder hilft!

Herr Böß entlarvt sich selbst durch neue Lügen / Freche Verdächtigung des Gen. Pielz zurückgewiesen

(Von unserem Berliner Korrespondenten)

Berlin, den 11. Oktober.

Oberbürgermeister Böß hat durch ein Radiotelegramm an den Magistrat eine Erklärung zu den gegen ihn erhobenen Verdächtigungen abgegeben, die den Höhepunkt der Unrechtsrevolution darstellen. In diesem Telegramm wird behauptet, daß Böß über Geschäfte der Stocrel mit der Stadtbank niemals unterrichtet oder daran beteiligt war. Böß leugnet, Kleidungsgegenstände nicht voll bezahlt zu haben, gibt aber zu, eine Pelzjacke (?) für seine Frau erhalten zu haben, die Stocrel nur 275 M. (?) gefordert habe. Diesen Preis habe Böß abgelehnt und dafür mit Wissen Stocrels 1000 M. aus eigener Tasche „für wohltätige Zwecke“ verwandt.

Damit hat Herr Böß mehr erzählt, als behauptet worden war. Von der Pelzjacke hat man nämlich gar nichts gewußt. Dagegen behauptet Stocrel selbst nach wie vor, daß der Mantel der Frau Böß 1000 M. wert gewesen war und daß Herr Böß dafür nichts bezahlt habe. Diese Angaben stimmen ganz genau. Anderswo aber ist es eine unglaubliche Freiheit des Berliner Oberbürgermeisters, mit der Begründung, 1000 M. für „wohltätige Zwecke“ verwandt zu haben, sich von dem Verdachten der Beliebung reinzuwaschen zu versuchen. Denn gerade das, was er eingeknickt beweist, daß er mit Hilfe des Stocrels seine Karriere finanziert hat, denn auch die 1000 M. für „wohltätige Zwecke“ hat er selberverständlich unter seinem Namen ausgegeben und nicht etwa den der Partei oder der KPD eingesetzt. Dies entspricht ganz der Tatsatz bei der Finanzierung der Turn- und Sportwoche oder der Mädel-Eltern-Skala.

Herr Böß hat sich also damit selbst überführt. Unter diesem Eindruck stand auch die gestrige Stadtratsordnetzung, die nach lärmhaften Auseinandersetzungen den kommunistischen Antrag auf sofortige Zurückberufung von Böß annahm. Im Verlauf dieser Sitzung zeigte sich das Votum der Fraktionen von den Sozialdemokraten bis zu den Bölkischen, die Korruptionshande zu verteidigen. Dann kam entschlossenes Auftreten der Vertreter der Kommunistischen Partei, das die Versuch jedoch gründlich mißlungen. Die KPD, die daraufhin weder aus noch ein wütige, arbeitete noch „bewährter“ Methode mit frechen Verdächtigungen. Da sie jedoch zu leig war, eine strafrechtlich zu verfolgende Form zu wählen, stellte sie in der üblichen gemeinen Form der Frage die Verdächtigung auf. Genosse Pielz sei im Centralhotel mit den Stocrels zusammen gewesen. Auf die empörte Aussöderung, die damit aufgestellte Behauptung in einer Form zu wiederholen, die postiv gestaltet ist, kniffen die feigen Bürchen. Innerstens war das Verhalten des aus der Partei ausgeschlossenen Stadtverordneten Gabel, der zu Beginn der Sitzung eine Erklärung abgab, in der er eingestellt einen schweren Fehler gegen die Partei durch das Nichtinformieren der Parteizentralen zu haben. Gleichzeitig jedoch betont er, daß er mit dem Betriebs- und Kreditslandrat nicht das geringste zu tun hat. Da er das Vertrauen der Partei verloren habe, legte er sein Stadtverordnetenmandat nieder. Um jedoch den Anhänger zu vermeiden, als ob er sich der Unterstellung entziehen wolle, werde er das Stadtratsmandat erst nach Abschluß der amtlichen Untersuchung niedergelegen.

Richter und Richter aus rechter parallel, wie gegen die die rechten Appelle den Sozialdemokraten die Untermieter mit Betrieb Belangen zu geben zu den beiden Tagen der Arbeit zu zähmen. Wieder Ruhm, Schaden an er doch hier gleichzeitig.

Dem 2. November sagte die KPD in der Täglichen Runde und Wiederholung an, daß sie die Partei auf.

Die Partei eine Reihe von methodisch an Vehemenz, die Lage der arbeitenden Bevölkerung können. Und ihrem Politik irgend eine Zusage.

Die KPD mit einem hier nur in den M. KPD, doch ein drei Stimmen.

Es wird Dinge etwas für die Partei Richtung, die auch die arbeiten können über arbeiter im verlieren ihrer Bürgerlichkeit keineswegs! Es geht darum, ob nicht die Kapitalistischen, die KPD bestimmt wie wir dies nicht ein, funken zu machen zu können.

Die Wahlen sind ab.

„Alegorien“ der ganzen Geschichte.

Hat sich

Die Wahlen von der der verdeckten Wahlen auch keinen bestätigt ständen des anderen Ortes ausgetragen. Stimmen der Kandidatenlisten und für das Verbot der Kommunistischen Partei noch vor der Wahl.

Nicht zu sprechen in wahre Kultur, aber die politische

„Gruß“ der und „nicht in Zweite“ nicht möglich, das Jahr. Werneke geht, lädt er die „Schwarzen“

Verstärkter Zollwucher

Am 9. Oktober wurden im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages auf Antrag des Abgeordneten Hamann (Deutsche Volkspartei) Beschlüsse gefaßt, die eine weitere Verstärkung aller Zollarten bezeichnen. Der Zoll für Schlachtkindfleisch soll von mindestens 18 auf mindestens 24,50 Mark pro Kilo an den Importeur verhöhnt werden, ebenso der Zoll für Schafe zu Schlachtzwecken. Bei Rindfleisch und Schweinefleisch (frisch oder gejagt) wurde der Zoll auf mindestens 45 Mark für den Doppelzentner festgelegt. Zug die Sozialdemokratie mit dem Maul gegen die eine oder andere Zollerhöhung Einspruch erheben —, sie ist für alles verantwortlich, was hier geschieht, sie hat ihren Koalitionspartnern die Herausbildung des zollstreien bestreitet. Sozialdemokratisches Zeugnis erwähnt, in daß die volle Wucht der neuen Zollerhöhungen die breiten Arbeiterschichten treffen muß. Und wenn die Arbeiter versuchen, die allgemeine Teuerung durch Ersparung von Lohnabnahmen auszugleichen, dann fällt ihnen die Schlittschuhmaschine der Reformisten, dann fällt ihnen das neue Republikansches in den Rücken. Darum müssen alte proletarischen Kräfte im Kampf gegen die Sozialvereiter zusammengeflochten werden, um die nackte Existenz der deutschen Arbeiterschaft zu verteidigen. Der Reichstagtag am Ende November wird einen Ausfall dieses Kampfes hervorrufen.

Das neue antiproletarische Zuchthaus-Gesetz in Vorbereitung

Das neue antiproletarische Zuchthaus-Gesetz in Vorbereitung

Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Das Reichskabinett hat gestern mit der Ratung des neuen Republikanischen Gesetzes, das vom Reichsinnenministerium und von dem Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden ist, begonnen. Dem Zweck der Einbringung dieses Terrorgeistes dienen die 14 sozialistischen Bombenattentate, deren Organisatoren und Hintermänner bis zum heutigen Tage unbehelligt gelassen oder zum größten Teil durch die Untersuchungsbehörden selbst entlastet

wurden. Gestern ließ Gräßel einen Ablenkungsversuch, indem er den Stahlhelm in Rheinland-Westfalen auf löste, aber denselben Stahlhelm im übrigen Reich, die Nationalsozialisten, die Organisation Consul und alle übrigen Gewerkschaften ruhig gewähren läßt. Gestern schrieb der Aben-Borwärts die brüllende Überschrift: „Der Schlag gegen den Stahlhelm“. Zur selben Zeit schmiedeten die Senzering, Hermann Müller in trauriger Gemeinschaft mit den übrigen Koalitionsministern ihre teuflischen Pläne zur Niederschlagung des Proletariats, berieten sie, wie man, verbündet mit Kampfesfreuden gegen rechts, die einzelnen Strafbestimmungen gegen das revolutionäre Proletariat noch härter gestalten könnte. Der morgen zusammenstehende Reichstagtag der Roten Hilfe wird die Gegenaktion der Arbeiterschaft vorzubereiten haben.

Attentat auf die KPD

In der Tschechoslowakei stehen Wahlen bevor. Die Polizei der Polizei erläutert dazu in der tschechischen Zeitung „Solemn list“ eine Erklärung, daß die Wahlaktionen der KPD

Oppositionelle Listen zur Vertreterwahl im Konsumverein Vorwärts

sind einzureichen bis 16. Oktober

nicht vom Proger Pol-Büro, sondern von Moskauer Emigranten geleitet würden. Der erste Kommunistische Wahlkommissar ist bereits nach Prag geschickt. In Prag sei beschlossen worden, dem Wahlkampf den Charakter einer revolutionären Aktion zu verleihen. Prag werde sich aber versichern, die Behörden würden sich um die lästigen Ausländer kümmern und Ruhe und Ordnung während des Wahlkampfes aufrechterhalten.

Die Bourgeoisie in der Tschechoslowakei führt eine massive Kampagne gegen die Kommunistische Partei. Agentprotekte sind bereits am Werk. Aus Zizlow berichten die Genossen, daß ein unbekannter Mann einige Kommunisten zu einer geheimen Sitzung eingeladen, in der er forderte, daß man endlich zu Taten schreite und einen genauen Plan entwickele für ein Attentat auf den gegenwärtig in Prag weilenden belgischen Sozialistischen Emil Vandervelde. Waffen und Munition werden bestellt und während des Wahlkampfes aufrechterhalten.

So wird der Boden vorbereitet für die Ablehnung der Kommunistischen Kandidatenlisten und für das Verbot der Kommunistischen Partei noch vor der Wahl.

Die Arbeiter in der Tschechoslowakei werden diese schwarzen Pläne zu durchkreuzen versuchen.

Habibullah aus Kabul vertrieben

Der bereits seit Monaten öffentlich gewordene Umsturz im afghanischen Bürgerkrieg hat nun, noch vor Eintritt der kalten Jahreszeit, die in Afghanistan zwangsläufig mit einer Verbündeten verbunden ist, zu einer großen Entscheidung geführt: die Truppen Nadir Khan, des militärischen Führers der Regierungspartei, haben in den frühen Morgenstunden des 8. Oktober die Hauptstadt Kabul eingenommen und Habibullah, den Fürsten und König der Nationalpartei, zur Flucht gezwungen (darauf, ob die Flucht in ein Dorf nahe von Kabul oder im Flugzeug ins Ausland erfolgt sei, gehen die Meldungen auseinander). Damit ist — obwohl die reaktionäre Partei noch nicht endgültig geschlagen ist und im Gebiete von Tscheljabinsk noch starke Truppen vorhanden hat (gegen die Nadir Khan ein größeres Truppentreffen entlandet hat), zweitens die entscheidende Wendung im Bürgerkrieg eingetreten. Einige Monate Herrschaft der reaktionären Partei haben genügt, um den mit allerlei religiösen Phrasen eingewidmeten Volksmassen die Augen zu öffnen und die Machstellung Habibullahs zu untergraben. Wie sich die Dinge in einzelnen weiter entwickeln werden, insbesondere wie die Personenfrage gelöst werden wird (ob Ammanullah zurückkehren oder vielleicht Nadir Khan selbst den Thron bestiegen wird), ist unklar — sicher ist das eine, daß die afghanische Feudalreaktion und ihre Stütze, der englische Imperialismus, eine erneute Niederlage erlitten haben.

Witterungsansichten: Unbeständiges, fühltes Herbstwetter mit einzelnen Regenschauern, nichts und im Gebirge auch tagsüber flüssig. Möglichst örtlichen Bodenrostes für die nächsten beiden Nächte vorbereitend, Luftrührung noch gewöhnlich fast aus West bis Norwegen.

Antibolschewistische Unruhe

Dresdner Anzeiger und Dresdner Neueste Nachrichten als Agenten der Antisowjetfront

Gestern habe ich mich verhandelt,
Gestern nur verhandelt ich auch
Doch wenn wir im Dred uns fanden,
Dann verhandeln wir uns gleich.

Mit dem Wachstum der Schwierigkeiten in den kapitalistischen Ländern, mit dem Steigen des Wallenreis und der Paraus reuflerenden revolutionären Bewegung der Arbeitermassen parallel, mächtet auch die Verbreitung der Schwindelmeldungen gegen die Sowjetunion. Die Bourgeoisie deidet sich dabei eines rücksichtigen Apparates und lebt vor feinem Mittel auf, um sich den Schein der Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Ebenso wie 1923 die Unternehmer auf ihre Kosten Arbeiter in das Aufschliefen schickten, mit dem ausdrücklichen Auftrag, nach ihrer Rückkehr im Betrieb Bericht über die „Römerigkeit“ der Ruhropern amungen zu erstatten, ebenso verführen die englischen Kapitalisten ebenfalls Tatsachen an, um die immer stärkere Rebellion der Arbeiter, die machende Sympathie für die Sowjetunion einzudämmen. Der Dresdner Anzeiger, der jetzt eine raffinierte Kampagne gegen die Sowjetunion führt, läßt sich mit Begegnungen auf einen letzten Happen, der ihm geboten wurde, kann er doch hier einmal den Bericht der Arbeiterdelegationen etwas „Gleichwertiges“ entgegenstellen.

Dem „Material“ des Dresdner Anzeigers dient als Grundlage die Kette von 2 Bergarbeitern aus dem Kohlenbergwerk Timmendorf in Kent. Es sollen zwei Bergarbeiter, Namens Roone und Crane in Selprächen mit ihren Kameraden etwärts haben:

„Ja, in anderen Ländern, beispielweise in Sowjetrussland, da haben es die Arbeiter viel besser als bei uns in Kent.“

Die Bergarbeiter sind den beiden auf Kosten der Firma eine Rolle in die Sowjetunion in Begehung eines eigenen Dokumentes an, der die russische Sprache vollständig bedeckt, das Fahrer Southern. Nach der Rückkehr sollen die beiden über die Lage der Arbeiter berichtet haben, und der Dresdner Anzeiger betont, daß sie „keineswegs“ zur Gattung der „oberflächlichen und naiven Außenseiter“ gehören, um den „Wert“ der Argumente gegen die Sowjetunion entsprechend erhöhen zu können.

Leider wird hervorgehoben, daß die beiden mit ihrem Dokument in der Sowjetunion herumgeführt haben, ohne sich an irgendeine Fassung zu binden und kontrollieren zu lassen.

Die Auffassung des Bergarbeiter über das Bergwerk bestätigt den Dresdner Anzeiger wie folgt aus:

„Als man ihnen aber (den englischen Bergarbeitern, d. Red.) mit einem gewissen Stolz bedeutete, daß die russischen Arbeiter hier nur lange Stunden täglich zu arbeiten hätten, da entgegneten M. Roone und M. Crane einstimmig das gleiche, nämlich, daß ein englischer Arbeiter sich weigern würde, hier auch nur drei Stunden täglich zu arbeiten.“

Es wird also von den beiden englischen Bergarbeitern, allerdings etwas umständlich ausgedrückt, daß die Arbeitszeitdurchschnitt für die Bergarbeiter der Sowjetunion eingeschüchtert ist, eine Einsicht, die es in der gesamten kapitalistischen Welt nicht gibt. Auch die arroganten Behauptungen, die davon gefragt seien, können über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen. Die Bergarbeiter im mitteldeutschen Raumgebiet, die zum 30. November ihren Tarif gegründigt haben, erhalten hier selbst aus der Bürgerlichen Presse ein Argument, daß die Selbstverständlichkeit nicht keineswegs absurd für die Wirtschaft auswirkt, weil trotz der Sozialstaatlichkeit und Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter in der Sowjetunion die Bergarbeiterverbände alljährlich bedeutend erweitert wird. Allerdings ist diese Wirtschaft nicht so kapitalistisch, sondern das sozialistische Wirtschaftsprinzip, dessen Einbildung und Umwandlung von den Arbeitern selbst bestimmt wird. Der Dresdner Anzeiger hält also keine Fehler, wie mir das ältere schon festgestellt in der Voge waren, sehr niedrig ein, wenn er glaubt, mit einigen hämischen Rundbemerkungen die tatsächlichen Tatsachen in der Sowjetunion verwischen zu können.

Die Wohnungsverhältnisse in Sowjetrussland wurden von beiden als „einfach enttäuschend“ beschrieben. Wörtlich heißt es:

„Niedrig war für genügend Wasserversorgung und einsame normalen sanitäre Verhältnisse georgt — von Bürgern ganz zu schwören. In den meisten Häusern leben und schlafen ganze Familien in einem Zimmer beieinander.“

Hat sich das Wohnungswesen entwickelt?

Die Wohnungsverhältnisse in der Sowjetunion, das ist nicht nur von den Arbeiterdelegationen, an denen bürgerliche Arbeiter der verschiedenen kapitalistischen Länder beteiligt waren, sondern auch von bürgerlichen Freunden der Sowjetunion des älteren bestätigt worden, haben gegenüber den schauberhaften Zuständen des Jarentschuk der Kriegs- und Kriegszeit gewaltige Verbesserungen erfahren. Gerade in den Industriegebieten, im Donaugebiet, im Erdölgebiet des Kautaus, im Kreis und an anderen Orten, sind gewaltige Summen für Arbeiterwohnungen ausgegeben. Jeder einzelne Betrieb ist verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz des Betriebsergebnisses für Arbeiterwohnungen bereitzustellen. In welchem Maße die Wohnverhältnisse gebessert sind, beweist, daß die russischen Bergarbeiter den beiden Engländern leistungsfähig „überzeugt armelige Hütten“ zeigte, als Beweis für die Wohnverhältnisse im zaristischen System. Dann wird weiter gefragt, daß daneben „dieselben Hütten“ gestanden hätten, die „bis zum Bersten“ bebaut mit Arbeitern und deren Familie“ waren. Dieser Bericht ist offensichtlich Schwund, weil die Arbeiter keineswegs „eine Hütte“ bis zum Bersten belegen würden und daneben die gleichen „Hütten“ leerstehen. Die Proletarier sind nie so profitabel, um solche unfruchtbaren Dinge, wie sie der Dresdner Anzeiger aufzeigt, zu tun. Die neuen Arbeitserwöhungen sind sowohl räumlich als auch in anderer Beziehung bedeutend vorstellbar wie die alten Baracken, die die russische Bourgeoisie den Arbeitern früher als Massenquartiere zur Verfügung stellte, ähnlich wie wir sie heute in Deutschland in den Werkbauten solcher „Jerißen“ Firmen wie Krupp und anderer, aber auch bei unseren Unternehmen als „Wohnungen“ für die politischen Wanderarbeiter finden können.

Nicht zuletzt in der Stadt Dresden, die für sich in Anspruch nimmt, sehr viel für „Hygiene“ zu tun, gibt es mehrere Höhlen an Arbeiterwohnungen, besonders im Zentrum, über die wir mit dem Dresdner Anzeiger jederzeit eingehend zu diskutieren bereit sind.

„Grubenhunde“ erzählen vom Getreideexport

Dass der Dresdner Anzeiger sich aber durch die „ernsthaften“ und „nicht naiven“ englischen Arbeiter nicht widerlegt ist, ohne Zweifel eine Dummheit. Im heiteren Wirtschaftsbilanz wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion dieses und nächsten Jahr kein Getreide exportiert, um für den Fall einer Hungersnot gerüstet zu sein. In jener Mittwochsausgabe aber läßt er die „Bergarbeiter“ erzählen:

„Die Tatsache, daß während wir mitunter kaum ein Stück Schwarzbrot zu nagen haben, — die Regierung beharrlich

fortführt — aus politischen Gründen — russisches Getreide nach dem Ausland auszuführen...“

Ein russischer Arbeiter den englischen Delegierten gegenüber gehabt haben. Es ist schwach bestellt um die antibolschewistische Propaganda, wenn man sich solcher armseligen Mittelchen bedienen muß.

Sehr interessant müssen die Herren über die Eisenbahnhäfen zu berichten. Es heißt:

„Auf allen Stationen in ganz Russland... steht man ganze Scharen von armeligen Kreaturen, Bettlern und Klipplern auf dem Fußboden der Wartehalle oder einfach auf den Personen liegen und schlafen.“

In der Tat sind bei den vielen Strecken, die die Reisenden in der Sowjetunion zurücklegen haben, die Reisenden vielfach gezwungen, auf den Stationen zu warten. Diese ihrer Wartesäulen liegen so dicht an, daß sie sich hineignen und schlafen. Anders ist es allerdings auf dem Dresdner Hauptbahnhof. Dort beschäftigt sich der größte Teil der Bourgeoisie-Rittern, während man auf Anhieb auf den nächsten abgehenden Zug wartet, mit der größtmöglichen Verstärkung von Alkohol. Denn in Deutschland werden Ketten auf weitere Schreden nur selten von Arbeitern ausgeführt. Welche Bedeutung die allgemeine ist, darauf wird uns wahrscheinlich der Dresdner Anzeiger die Antwort schuldig bleiben. Dass auch das Eisenbahnerfehren, die Einrichtung für den Personenzugverkehr gewaltig verbessert sind, das bürgersche Journalisten in ihren Heißberichten überstimmen die wachsende Bequemlichkeit der Sowjetischen Eisenbahnen hervorheben, ist ein Beweis, daß unter dem Sowjetregime systematisch auch in dieser Art vorwärts geschritten wird. Das aber wird von dem Dresdner Anzeiger natürlich nicht erwähnt, weil ihm darunter sein Konzept verderben würde. Allerdings dienen diese Einrichtungen der Sowjetischen Bahnen der Masse der Arbeiter und Bauern, und nicht, wie bei uns, nur einer kleinen Schicht Reisender.

Die „lostbaren“ russischen Pelze

Sehr charakteristisch nimmt sich auch folgender Satz aus:

„Andere Straßen aber enthalten nur Pugosläden, in deren Schaufenstern man bestiegene Juwelen, glänzende Brillen, kostbare Pelze usw. in Menge auslagen sehen kann.“

Das ist keine Charakteristik der Brüderstraße, der Wilsdruffer oder Johannastraße, sondern so steht es nach den englischen Kronungen des Dresdner Anzeigers in Moskau aus. Auch hier bestätigt man auf die Unkenntnis der Verhältnisse in der Sowjetunion. Es ist z. B. sehr bekannt, daß die „lostbaren Pelze“ in der Sowjetunion ein Verbotsgegenstand der breiten Massen, und, im Verhältnis zu den Preisen in Deutschland außerordentlich billig sind. Die „lostbaren Pelze“ sind in Russland schon immer Verbreitung gegegen Ende der Massen gewesen. Das weiß jeder Arbeiter, der einigermaßen über die Sowjetunion orientiert ist, er weiß aber auch, daß solche Pelze in Deutschland nur von der Bourgeoisie, die es verachtet, auf Kosten der Arbeiter alle Werte an sich zu reißen, gekauft werden können. Die Arbeiter in Deutschland müssen ja lebhaft bei der größten Kälte mit labendischem Baumwollstoff vorlieb nehmen. Im übrigen ist das Märchen von den Juwelen und Brillen ein dammer Myth, denn gerade das Fehlen dieser Dinge ist von bürgerlichen Geschäftsmännern oft ein wenig wohleddig hergehoben worden.

Das kleinbürgerliche Familienehren soll zweifelschwer der wichtigste „Trumpf“ sein, das als höchstes „Ideal“ der Nationalsozialist in der Sowjetunion eingespielt wird.

„Es gibt zur Zeit fast kein Familieneben mehr in Russland,“ läßt sich der Dresdner Anzeiger von seinen beiden Vertrauensmännern berichten.

Familien spielen nicht mehr zu Hause. Die Mehrzahl der Leute nimmt die Mahlzeiten in dürrigen Speisehäusern ein.

Die Sowjetunion ist nichts mehr als eine lose Formalität. Nun, da hören wir doch uns einmal zu sagen, in welchem Maße denn die Arbeiter bei uns den gepeinigten Familienglücks teilhaftig sind. Soweit wir über die Lage der Arbeiter, die große Massen derjenigen, die sich sozusagen, zeigen in den Großstädten der Bourgeoisie abquallen, orientiert sind, kommen wir zu folgendem Resultat: Der Proletarier geht oder führt frühmorgens im Dunkeln in die Fabrik, er schuftet unausgeleucht, den Untreibler im Norden, bis er in der Pause zum Teil in einem besonderen Raum, dessen Heizkosten eine gerade Katastrophen in vielen Fabriken ist, zu einem großen Teil direkt am Arbeitsplatz, sein tägliches Mahl zu verschlingen die Möglichkeit hat. Wenn er abends im Dunkeln aus dem Büro in seine Wohnung kommt, kümmern die Sorgen um die Ernährung seiner Kinder, um die atmungsaktive Kleidung, um die Aufführung der Kleidung auf ihn ein, alles Dinge, die trotz der allerhöchsten Rechenfähigkeit der Arbeiterschaften ganz einfach nicht bestreiten werden können. So steht das wirtschaftliche Familieneben“ der Masse der Arbeiter aus. Daraus sind die vielen Konflikte, die immer größerer Ausmaß gerade in den Arbeiterschlachten annehmen, zu erklären. Der Kapitalismus, die häßliche Ausbeutung, verführt brutal das Familieneben, das einer vergangenen Epoche angehört.

Wenn die Arbeiter der Sowjetunion ein kollektives Leben organisieren, wenn es ihnen gelang, durch Clubs, durch gemeinsame Hobbyclubs, die unausgelebt verbreitet werden, das gesellschaftliche Leben auf eine höhere Stufe zu bringen, anstatt sich nach einem Zustand zurückzuziehen, der absolut unvereinbar ist mit dem Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnissen, selbst schon des kapitalistischen Systems, so zeigt das, daß die russischen Arbeiter und Arbeitersinnen nicht nur die politischen, die wirtschaftlichen und kulturellen, sondern auch die individuellen Lebensbedingungen奔向 den besonderen Erfordernissen entsprechend ändern.

Sie nicht gerade von den besten Fachpädagogen des Systems der Kindergarten- und Jugendheime in der Sowjetunion als das Beste auf der Welt anerkannt worden? Wenn ein Kleinbürgere oder Kleinbürgerliche Vorlage darüber jammert, daß kein Ideal, das überlebte Familieneben, in der Sowjetunion nicht zur Gestaltung kommt, dann man ihm nicht helfen. Wenn aber der Dresdner Anzeiger viele Klagen als Grundlage seiner antibolschewistischen Tugendberichte benutzt, obgleich diese Schreiberleicht leicht genug wissen, daß die Zersetzung der Familie durch den Kapitalismus ein qualvolles Prost für die breiten Massen ist, in der Sowjetunion aber durch neue Formen des gesellschaftlichen Lebens aufgehoben wird, so zeigt das wiederum, daß die Bourgeoisie nur mit den allerbesten Mitteln zu behan in der Voge ist.

Gleiche Bilder, gleiche Rappen

Der Spiegelkeller des von uns angeprangerten Dresdner Anzeiger ist ein anderes Dresdner Blatt. Die Dresdner Neuesten Nachrichten sind soziale Antikapitalisten, die lebt die fragwürdigsten „Berichte“ benutzen für ihre antisowjetische Propaganda. Es ist aber ein anderes Gebiet, was dieses Organ

hier diesmal für seine Lügenberichte ausucht. Unter der Überschrift „Die Tschetsche in Frankreich“ wird eine seitgedruckte, lobscheinige, von Bürgen strotzende Werbung gebracht, die sich mit dem Betrüger Bellowski beschäftigt. In Vermanez wird das Wort „Tschetsche“ wiederholt, obgleich lediglich der Kenner der Sowjetunion informiert ist, daß die Tschetsche nicht mehr existiert, sondern die GPU die Bezeichnung für die staatliche Polizei der Sowjetunion ist. Doch das nur nebenbei. Bellowski ist, wie wir bereits in unserer Dienstagsnummer berichtet, vollkommen enttarnt. Er nimmt seine Position als Funktionär der Sowjetregierung für seine persönlichen Interessen aus. Wie die Renegaten und Verdäte nimmt Bellowski die Rolle, die Presse der Bourgeoisie in Anspruch, weil er sehr gut weiß, welche Organe nehmen jeden Verdäte gegen die Sowjetunion in Schlag, um neues „Material“ gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat vorbringen zu können. Heuchlerisch schreiben die Dresdner Neuesten Nachrichten:

„Der nahe bevorstehende Zusammentritt des französischen Parlaments zwinge den Innenminister Lardieu, sich mit dem Fall Bellowski und den Verfolgungen der Tschetsche auf französischem Boden eingehend zu beschäftigen. Es sei bemerk, daß zahlreiche Spione der Tschetsche früher im Dienst der Okzana, der früheren paritätischen Geheimpolizei standen.“

Diese Erklärung bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Unterstützung einer allgemeinen Kampagne der französischen Regierung gegen die „Tschetsche“ — das heißt gegen die Sowjetunion — wie sie uns im Jahre 1925 anlässlich des Protests gegen das Zentralomitee unseres Partei, den berüchtigten „Tschetsche-Prozeß“ erlebt. Die Steigerung der Hebe gegen die Sowjetunion erfolgt durch das charakteristische Dresdner Neueste Nachrichten neuende Blatt jedoch nur, um die Massen vom Kampf gegen die eigene Not abzulenken und die machende Sympathie des Proletariats für den ersten Arbeiter- und Bauernstaat zurückzubringen. Des weiteren wird dann von dem Blatt über einen mysteriösen Leiter der „Tschetsche“ in Paris, der zum Schein eine Stellung in der Hochschule bekleiden sollte, gesprochen.

Die „Tschetsche“ als Kontrolle gegen Korruption

Wörtlich heißt es dann:

„Die hiesige russische Handelsstelle und das Naphthalinabteil werden von diesem Vertrauensmann der Tschetsche besonders streng überwacht.“

In diesem Satz ist die ganze Verlogenheit des Märchens von der „Tschetsche“ selbst widerlegt. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß die Handelsvertretungen der Sowjetunion ebenso wie die Handelsvertretungen der Kapitalisten belohnende Kontrollinrichtungen zur Überwachung der Geschäftstätigkeit haben. Es ist bekannt, daß alle Handelsbeziehungen der Sowjetunion mit den kapitalistischen Ländern durch das staatliche Außenhandelsmonopol der häufigsten Kontrolle unterliegen. Seit dem Bestehen der Sowjetunion hat die Bourgeoisie gegen dieses Außenhandelsmonopol und seine Einrichtungen angekämpft. Die Auseinandersetzung von der „Tschetsche“ ist deshalb nur ein verlogenes Täufchen, das als Anlaß zu einer Hebe gegen die Wirtschaftsform der Sowjetunion benutzt wird, und der gleichzeitig einen Schurken wie Bellowski, der eben sich die Bourgeoisie sehr gern bedient, rechtfertigen soll, damit nicht die trübe Quelle der Hebe als allzu anstößig bekannt wird.

Die weizengärtliche Presse der russischen Emigranten wird ebenfalls „ausgenutzt“, um der Oeffentlichkeit die labendischem Märchen zu unterbreiten. Das macht man folgendermaßen:

„Ein kleiner russischer Blatt glaubt (?) zu wissen, daß aus Berlin eine sogenannte mobile Abteilung der Tschetsche hier eingetroffen sei, um bei den in Gang befindlichen Nachforschungen besondere Dienste zu leisten.“

Es würde schlimm um die Sowjetunion bestellt sein, wenn sie nicht alles in Bewegung setzen würde, damit die Beteiligten eines Verdätes zeitlos aufgeklärt werden. Dazu aber befreit sich die Sowjetunion nicht der „Tschetsche“, sondern ihrer Fachleute, die als Kontrollorgane alle gesellschaftlichen Beziehungen nachprüfen haben. Die nach „Material“ gegen die Sowjetunion gerichteten Reporter der Bourgeoisie-Presse sind aber absolut nicht auf ihre Kosten gekommen. Abgesehen von einigen Lügen, die Bellowski ihnen selbst vorgetragen hat, ist Ihnen noch keine Gelegenheit gegeben, sich zu informieren, denn die Schurken Bellowski, sein Betrug an dem Vermögen des Arbeiter- und Bauernhauses, und eine schlechte Empfehlung, ihn für die Antikapitalisten auszunehmen. Verstärkt schlicht der gefährliche, von Bürgen strotzende Bericht:

„Die Sowjetbolschewist wurde im Laufe des gestrigen Tages mit Fragen bestürmt. Die Antwort lautete, daß eine Sitzungnahme zu den in den Zeitungen veröffentlichten Berichten nicht möglich sei. Die Pariser Polizeipräfektur hält sich in Schweigen.“

Entlarvte Schwäger

Der lange, groß aufgemachte Bericht der Dresdner Neuesten Nachrichten ist somit als geschwätzige Schaumkägerie, die lediglich zu einer Hebe gegen die Sowjetunion aufgebaut ist, enttarnt. Die Arbeitermassen haben schon sehr oft „Berichte“ über die Sowjetunion vorgelesen bekommen und später festgestellt, daß es in jedem Falle ausgemachter Schwund war. Aber so düstig wie bei diesem Schwund, sowohl den der Dresdner Anzeiger, als auch den der Neuesten Nachrichten aufgemacht haben, wurde noch nicht gelogen. Die bürgerliche Presse, die untereinander einen geschäftigen, württelichen Konkurrenzkampf führt, die sich gegenwärtig im Streit um den ausgebauten Raum zu betreten hat, bildet nun in einem Falle, im Kampf gegen den Kapitalismus eine Einheitsfront, weil sie sehr gut verstehen, es ist aus mit der Presse, die ihre Presse aus dem Betrug an den breiten Massen zieht, sobald die Ausgebeuteten und Unterdrückten mit der deutschen Bourgeoisie „russisch“ sprechen lernen, sobald die Arbeiter im Kampfverbund mit allen Werktagen dem Kapitalismus und ihren Pressegrillen den Garaus machen. Aus den bisherigen Erfahrungen werden die Arbeitermassen die richtige Lehre ziehen, die verlogenen Blätter der Bourgeoisie aus den Arbeiterwohnungen zu entfernen und sich

durch die Arbeiterstimme zu informieren über die Sowjetunion und über die wirtschaftlichen Methoden des Kampfes zur Verbesserung ihrer eigenen Lebensbedingungen.

Werbt für die Arbeiterstimme, das Organ der werktätigen Bevölkerung!

Eriegt der Bourgeoisie eine Antwort am 17. November durch die Wahl von Kommunisten, und beweist, daß ihr erkannt habe, daß die Lehre des russischen Oktober 1917 auch in Deutschland praktisch angewandt werden muss, um der werktätigen Masse das Recht auf den Genuss der von ihr erarbeiteten Güter zu sichern!

Männer von Format

Die SPD hat Prominente, von denen man vielleicht sagen könnte: Es sind doch Männer von Format... Ja — solche Männer braucht der Staat.

Man muß es ehrlich anerkennen! Um hier nur einige zu nennen, so fängt man wohl am besten an Bei Koote — oder Scheidemann.

Alle zu nennen ist jetzt schwer. Jürgen, Barmat und noch mehr. Es sind so viele Prominente. Es wäre ein Bondwurm ohne Ende.

Doch wäre es wohl sehr vermessen, Die besten Köpfe zu vergessen. Zum Beispiel nimmt Strelak (so weh) Und andere Größen der SPD.

Wie heißen die Prominenten mit Namen, Die gerne zu Strelaks laufen kommen? Der Prolet es gerne würde: Welt nach in Strelaks Kundenliste!

H. W.

Werbelokale der KPD zur Gemeindeverordnetenwahl

Sonnabend den 12. und Sonntag den 13. Oktober
Großkonzert

Stadtteil Zentrum - Friedrichstadt: Altstadt: Reit, Hindenburgstr., Theaterstr.; Friedrichstadt: Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße; Stadtteil Zentrum - Johannstadt: 1. Dahms Reit, Rieckstr., 2. Schweres Geschäft, Tahberg; Stadtteil Striesen: Erdgut, Altkrieger; Stadtteil Neustadt Ost: Mittelstr. Reit, Reich-Meiter-Straße; Stadtteil Neustadt West: Potters Reit, Torgauer Str.; Stadtteil Leuben: Gash, zum goldenen Stern, Stephensonstraße. Alle revolutionären Arbeiter und Arbeitserinnen, die die KPD bei der Organisation der Wahlarbeit unterstützen, melden sich in diesen Lokalen.

Kommunisten ins Rathaus!

Der Eingang für Dienstboten...

Dortz. Eine komplizierte Sache hat sich im Laufe der Zeit bei uns in Dobrik entwickelt. Die 67. Volksschule hat, wie jede andere Schule, einen Schuleingang. Nun sollte man meinen, daß der Eingang dazu da ist, damit die Kinder eins und ausgehen können. Aber — weit gefehlt. Der offizielle Schuleingang dient für die herren Lehrer da. Sobald der Schulen eines Lehrers an der Tür zu hörn ist, reißt der Hausmann die Tür auf, als käme der liebe Gott selber. Und die Kinder? Nun, die müssen hintenherum um die Schule zur Hoftür herein. Sollte es doch einmal ein Kind wagen, durch den großen Eingang zu gehen, also es Strafe. Es sind ja lädierte Arbeitserinder, und die müßen bestraft werden, daß sie Menschen amekter Kloß sind, denn wer erinnert sich nicht der großen Willen wo am Haupteingang steht: Nur für Herrenleuten für Dienstboten Eingang hinterherum!"

Der sollte dieses Geschenk an der Dobrik-Schule einen anderen Sinn haben? Eine ganze Anzahl Dobrik-Einwohner wartet auf Antwort. Arbeiterviertel. 1542.

Eine Erwerbsoerveranstaltung für Striesen findet Sonnabend den 12. Oktober, vorim, 10 Uhr, im DSV-Stadion, Hephatastraße, statt.

Der Rat schläft aus...

Die Wirkung einer kommunistischen Anfrage

Die Verkehrsverschärfung im Stadtteil Mitten (soweit es die Linie 15 vom Bahnhof Mitten bis Gelehrstrasse betrifft) entspricht angeblich der Dichte der dort wohnenden Bevölkerung und der Zahl der dort in den Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeitserinnen teilsweise den festgestellten Bedürfnissen. Insbesondere nach den Betriebsabschlüssen war an ein Fortkommen südostwärts nicht zu denken. Es handelt sich ja nur um Arbeiterviertel. Da hat der Rat nie Geld übrig. So wünschten die Arbeiter und Angestellten sowie die Bewohner dieses Stadtteiles den Weg bis zum Straßenbahnhof machen, wollten sie nicht auch den Stadt ganz zu Fuß gehen. Von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion waren Feststellungen in dieser Richtung gemacht worden, die die Fraktion veranlaßten, folgende kurze Anfrage zu stellen:

Die Straßenbahnlinie 15 ist auf der Strecke Straßenbahnhof Mitten bis Gelehrstraße in den Zeiten des Hauptverkehrs so stark besetzt, daß für die Einwohner und in der Nähe der Haltestellen Altstadt und Rautenkrause Beschäftigten in dieser Zeit keine Möglichkeit besteht, die Straßenbahn zu benutzen. Besonders in den Nachmittagszeiten — 17. Stunde — sind diese gezwungen, südostwärts bis zum Straßenbahnhof zu Fuß zu gehen.

Der Fahrplan entspricht bei der Dichte der Bevölkerung der Stadtteile Mitten, Trachau und Neukölln keineswegs

Die Seifenkünstler ziehen zu Felde

Der Wahltag naht / Agitationsanträge der SPD im Stadtparlament

Die gesetzige Sitzung der Stadtoberen begann mit einer Totenehrung Stresemanns, dem der sozialdemokratische Stadtvorordnetenvorsteher Döllisch ehrende Worte nachrief. „Aufbanachheit am deutschen Volke (!) ist von Stresemann“ (!) — nach Döllisch — „in hervorragendem, ja hervorragendstem Maße (!) gelöscht worden.“ (!) Herr Döllisch will in seinem (Stresemanns) Gedanken „weiterarbeiten“ (!) am Aufbau des deutschen Volkes. (!) Die kommunistische Fraktion blieb dieser nationalsozialistischen Demonstration des bürgerlich-sosialdemokratischen Blocks fern. Und mit Recht.

Döllischs Nachruf für Stresemann gehört zu der widerlichsten nationalsozialistischen Mache, die je in dem hohen Hause lobtzt wurde.

Unter einer Anzahl kurzer Antragen, die hierauf zur Bearbeitung kamen, ist eine, die Gen. Dr. Helm gestellt hat und die gegen die beobachtigte Einbeziehung des Georg-Arnolds-Bades in das Gelände für die Hygieneausstellung 1930 protestiert.

Kommunisticcher Vorstoß gegen das System der überfüllten Straßenbahnenwagen

Gen. Göbel hat eine kurze Anfrage gestellt, die sich mit den schlechten Verkehrsverhältnissen im Stadtteil Mitten beschäftigte. (Wir gehen an anderer Stelle auf diese Anfrage ein. D. Red.)

5 sozialdemokratische Agitationsanträge

„Schmücken“ die 9. Seite der gedruckt vorliegenden Tagesordnung. Es wird da gefordert:

Kollegium möge beschließen, den Rat zu ersuchen:

1. baldigt (!) eine Vorlage (!) über die Errichtung eines Kindergartenheims für Frauen herüberzugeben (!);
2. die Planung für das Volkssbad Löbtau-Pionen nunmehr baldigt (!) vorgelegen (!);
3. eine Vorlage (!) über die Errichtung einer Aufbauschule bzw. Ausbauabteilung herüberzugeben (!);
4. in Dresden-Neustadt auf dem Gelände am Rieser Platz eine höhere Berufsschule nach Art der Dörrschule zu errichten;
5. a) in Dresden-Neustadt eine Volksschule zur Arbeitschule umzustellen bzw. eine neue Arbeitschule zu errichten,
- b) für diese Schule den Bezirkszwang aufzuheben."

Die Anträge gehen sämtlich an den zuständigen Ausschuß. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, der fordert,

„die im Seitengebäude des Grundstücks Laubegaster Ufer Nr. 26 findliche Wohnung wegen Einsitzergeschäfts sofort leerstellen zu lassen und dem Inhaber dieser Wohnung sofort eine geeignete Wohnung zuzuweisen“.

ist dem Rat, der hier die Daseinsnotwendigkeit nur zu sehr zu scheuen hatte, so in die Knöden gefahren, daß er sofort die Wohnung räumen ließ. (!)

Um den Achtstundentag in den städtischen Krankenhäusern

„Kollegium möge beschließen, den Rat zu ersuchen, den Stadtverordneten baldigt einen Bericht herüberzugeben, aus dem ersichtlich ist, welche Maßnahmen von ihm getroffen worden sind, um den Beschluß der Stadtvorordneten, betr. die Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Krankenanstalten, durchzuführen.“

So lautet ein kommunistischer Antrag, den Gen. Göbel gründet und der Verfassung gabt, an dieser Frage die ganze Erfährtlichkeit des parlamentarischen Systems aufzuzeigen. Seit 1923 schlägt sich das Stadtvorordnetenkollegium darum, die kommunistische Fraktion mit dem Rat herum, der es ablehnt, den Beschlüssen der Stadtvorordneten in dieser Frage durchzuführen.

Das Gesuch wird mit Mehrheit angenommen.

Hierauf macht sich Frau Hornoff (SPD), dem Sächsischen Friedenskarussell (einer pazifistischen Organisation) 3000 Mark zu zuzuschicken. Auch Frau Pöhl (SPD) erklärt, das Karussell könne den Krieg zwar nicht vermeiden oder verhindern, aber — es könne Propaganda treiben, wenn es Geld erhält". Die Gelder werden aber nicht benötigt.

Ein kommunistischer Antrag für die Invaliden

wird dem Finanzausschuß überwiesen. Der Antrag fordert,

„die am 1. Oktober 1929 in Kraft getretene Invalidenrente erhöhung nicht auf die Fürsorgeunterstützungslöhne in Abrechnung zu bringen“.

Die SPD hat einen „ähnlichen“ Antrag eingereicht, der etwas weiter vorn plaziert worden war. Hierzu kommt die Sache mit Wendel und dem Friedrichstädter Krankenhaus

zu Sprache. Wendels Wahl-Vlade, die er — der „Edigenöse“ —

mit dem „Material“ über das Friedrichstädter Krankenhaus füllte, soll ihm von der SPD aus begreiflichen Gründen aufgelöst werden. Herr Wendel glaubt jedenfalls, Mißstande entdeckt zu haben und hat zur „Konservierung“ gegiffen, um dem „Volk“ einen zugrätzigen Wahlschädel hinzuwerfen. Mit seinem Klugschiff glaubt er, die öffentliche Meinung für sich und seine „Partei“ (fürz vor der Stadtvorordnetenmodus) interessieren zu können. Die Stadtvorordneten beauftragten einen Untersuchungsausschuss mit der Klärung der von Wendel behaupteten Dinge. Dann wurde die öffentliche Sitzung abgebrochen, da das Kollegium noch in der „Dunkelkammer“ zu tun hatte.

Die Stadtvorordnetenlösungen sind jetzt immer recht eigenen Charakters. Die auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus stehenden Parteien bemühen sich nach übergebrachter Methode die breite Masse der Wähler über ihre bisherige arbeiterfeindliche Rolle zu täuschen und sie mit dem „Sand“ billiger Agitationsanträge zu blenden. Nur die Kommunisten bewegen noch wie vor die Parlamentstribüne mit Sprachrohr und Ausgangspunkt ihrer Propaganda über das reaktionäre Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus. Sie rufen die Werktätigen auf, sich ihre Forderungen außerparlamentarisch zu erkämpfen, durch Abgabe ihrer Stimme für die Kommunisten am 17. November aber zu beweisen, daß sie mit der revolutionären Vorphut marschieren und mit ihr den Friede schlagen wollen.

Auf die Bühne schon vor vier Jahren. Diese Vorlesungen sind eine der größeren Schwerpunkte der Agitation hier in Dresden, weil das Material munizipal gemeinde in dem Raum liegt.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Bühne ist für die Kommunisten handeln dem Provinzrat.

Die Dresdner kommunalen Betriebe in Gefahr!

Sozialdemokrat Bührer verschachert die Dresdner kommunalen Werke an das Privatkapital

Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen müssen zur Stärkung unseres Einflusses führen, damit wir, wenn wir über die Gemeindebetriebe hinaus nach den Betrieben des Großkapitals die Hände ausstrecken, über die nötigen Erfahrungen verfügen."

Mit obigem Satz beendete nach dem Bericht der Dresdner Volkszeitung der Sozialdemokrat Bührer auch ein Referat, das er vor den Vertreternmannen der SPD über Dresden Verkehrspolitik gehalten hat. Die linken Schwätzer haben jetzt wieder allerhand zu tun. Wahlen stehen vor der Tür, ohne daß sie etwas zu bieten hätten. Die Verteuerung der Tarife für die Straßenbahnen, bei denen Bührer durch eine der treibenden Kräfte war, ist keine Sache, mit der sie sich leben lassen können. Mit der Finanzpolitik ihres Genossen Dr. Bührer können sie befriedere Rettung gleichfalls nicht machen. So sind sie gezwungen, die grollende Stimme der Arbeitnehmergruppe, die ja die Leitung der dienten Politik sind, mit radikalen Phrasen zu übertrüllen. Sie laufen das gleiche, um so leichter glücken sie die hinter den Karten der großen Vollgarde, meinheits- und Parteivorsitzenden politisch spannen zu können. Bei diesen linken Phrasen kann man es schon immer so: je schlimmer der Bericht, sowohl der begangene wie der beobachtigte, desto radikaler das Geschehen. Auch im gegenwärtigen Moment dienen ihr Selbstreden anderen Zwecken.

Der Bericht in der Dresdner Volkszeitung ist überschrieben mit: "Die Sozialdemokratie für Erhaltung und Bauhaus der kommunalen Werke". So viel Worte, so viel Lügen. Das mögen diese Hoffnungslosen ihren Mitgliedern in demselben Moment zu bieten, da mit ihrer Hilfe in einer Reihe von Städten, wie Halle, Berlin, Bonn, Weimar u. a. die Verschärfung der Werke durchgeführt wurde. In Weimar wurde erst vor wenigen Tagen das Elterntarif, die Straßenbahnen und der Omnibusbetrieb mit den Stimmen der Sozialdemokraten, die dort die absolute Mehrheit bejubeln, an das Privatkapital ausgeliefert. Dabei hat diese Gesellschaft sogar eine überzeugende Tarifverhöhung ohne Widerstand geführt.

Die einzige Entschuldigung, die diese Gesellschaft für ihren unhandlichen Vertrag hat, ist die, „um Schlimmeres für die Arbeitnehmer zu verhindern“. Diese Entschuldigung brauchen sie zur Rechtfertigung all ihrer verräterischen Handlungen. Mit dieser werden sie letzten Endes, wenn dem Proletarien nur noch der Strich über der Naschahn bleibt, eins von beiden als „kleineres Übel“ empfehlen.

Wollt und kann die SPD den Kampf um die Erhaltung der kommunalen Werke führen?

Außer den von uns bereits genannten Beispielen, die zeigen, daß die beiden Kampf nicht mehr führen kann, daß vielmehr das Gegenteil der Fall ist, gibt darüber Auskunft das "Kommunalprogramm der SPD". In demselben heißt es unter Abschnitt 3 - Gemeindebetriebe:

"Bei Durchführung der Trennung der Haushaltswaltung und Betriebsverwaltung sind die Gemeindebetriebe nach Möglichkeit in öffentlicher Regie zu führen."

Diese Formulierung zeigt den Weg der SPD. Die SPD hat, die Schwierigkeiten ihrer Kommunalbünden in den Gemeinden berücksichtigend, den Weg zur Verschärfung auch programmatisch freigemacht. Die Betriebe sollen nun noch nach Möglichkeit in öffentlicher Regie geführt werden. Die in der Amazone in verschiedenen Städten mit Hilfe der SPD erfolgte Auslieferung ist nur die Konsequenz dieses Programms. Noch offener als das Kommunalprogramm der SPD das schon auspricht, ist die Haushaltswirtschaftsbürokratie. Im "Haushaltswirtschaftsbericht des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes für 1928" wird von dem Hauptvorstand deselben offen der Auslieferung das Wort geredet. So finden sich Seite 35 folgende bezeichnende Zeilen:

"Indessen sind in einer Reihe von Städten Regiebetriebe in die Form der AG oder GmbH umgewandelt worden. Im allgemeinen waren finanzielle Gründe ausschlaggebend für die Zustimmung zur Umwandlung auch durch sozialdemokratische Fraktionen. Diese finanziellen Gründe liegen darin, daß der Geldbeschaffung, seien es nun lang- oder kurzfristige Gelder, für die Werke zur Zeit Schwierigkeiten entgegenstehen, die nicht zu überwinden sind und die andererseits in der Form der privatrechtlichen Gesellschaft nicht überwinden lassen. ... dieser finanzpolitische Grund ist in der Tat höchstlich."

Es heißt dann weiter:

"Für uns ist, wie nochmals betont sei, die ganze Organisationsfrage eine Zweidimensionalitätfrage... Es ist funktional, sich hier zu verheißen, vielmehr haben wir unter ganzem Augenmerk darauf zu richten, wie es im Rahmen der Kapitalgesellschaften möglich gemacht werden kann, den Einfluß der kommunalen Körperheit auf die Organe der Gesellschaft sicherzustellen."

Also, es ist funktional, sich gegen die Entkommunalisierung zu wenden. Der Verschärfung darf, da die Grunde nach der Meinung des Hauptvorstandes in der Tat höchstlich sind, kein Widerstand entgegengesetzt werden. Die Bahn ist nunmehr frei für die Auslieferung an das Privatkapital.

Unsere Zitate aus dem Haushaltswirtschaftsbericht des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes sind deshalb besonders wichtig, weil der Hauptvorstand deselben in der kommunalen Zentralstelle der SPD den ausschlaggebenden Einfluß besitzt. Damit ist auch die Bahn frei für die Verschärfung in Dresden.

Wie steht es in Dresden?

Hier steht die Frage nicht erst seit gestern und heute auf der Tagesordnung. Der Sozialdemokrat Dr. Bührer hat hier als vorzüglicher Mann schon beizutragen vorgebaut. Er hat bereits im vorigen Jahre Vorschläge zur Verschärfung gemacht. Diese Vorschläge stehen in engster Verbindung mit den Finanzschwierigkeiten, die durch die Anleihepolitik Hillerdings verschärft worden sind. Schon seit vorigem Jahr verucht Dresden, eine Anleihe unterzubringen bzw. größeres Geldbedarf zu decken.immer ohne Erfolg. Die Schwierigkeiten sind dadurch größer geworden. Sie führten Anfang d. M. zu den skandalösen Vorschlägen Bührers an den Kassenauflschluß, die wir in einem andern Artikel behandeln werden. Gegenwärtig hat Dresden eine Anleihe bekommen unter Bedingungen, die das Selbstverwaltungrecht preisgeben und einem Bankkonsortium das Recht der Kontrolle der städtischen Finanzen einräumen. Mit

dieser so teuer erkauften Anteile ist aber der Finanzbedarf Dresdens bei weitem nicht gedeckt. Die kapitalistische Gemeindepolitik stellt Dresden im kommenden Jahre vor die Aufgabe des weiteren Abbaus sozialer und sozialer Ausgaben und Einstellung aller Notstandshilfen sowie des Wohnungsbauens oder weiterer Geldbeschaffung um jeden Preis. Der Finanzdezernent der SPD hat schon im vorigen Jahre entschieden. Die SPD wird nach den Wahlen entscheiden.

Wie wird diese Entscheidung aussehen?

Dazu braucht niemand Prophet zu sein, sie wird sie züglichlos schließen. Dazu ist sie gezwungen, ob sie will oder nicht. Kampf gegen Hillerdings, das wäre gleichbedeutend mit Kampf gegen die kapitalistische Republik. Das aber können die Sozialdemokraten nicht. Denn ihr Ziel ist die Erhaltung der kapitalistischen Republik und Gemeinde. Ohne Geld aber wachsen die Schwierigkeiten der SPD. Nur ein Beispiel: Dresden hat die Mietzinsteuer-Gelder bereits bis 1921 verausgabt. Daraus ergibt sich ab 1920 die völlige Einstellung des Wohnungsbauens. Einstellung des Wohnungsbauens zeigt aber den Arbeitern am läbhabiten den Bankrott der SPD. Andererseits hat die SPD in den AG, Bauhütten und sonstigen kapitalistischen gemeinnützigen Firmen Korporationen ein Heer sozialdemokratischer Bonsen mit eintäglichen Auflösungen, die sofort in Frage gestellt würden. Sie werden deshalb versuchen, um jeden Preis Geld zu beschaffen. Den Vorschlag Dr. Bührers vom vorigen Jahre, den wir nachfolgend abdrucken, gewinnt damit reale Gestalt. Diese Vorschläge wurden gemacht zu einem Zeitpunkt, in dem die gesamte bürgerliche Presse, besonders die führenden Zeitungen der Großbourgeoisie, eine großangelegte Kampagne für die Privatisierung durchführten. Der Vorschlag zeigt die Sozialdemokraten ganz klar als die Schirmträger der Pläne der Großbourgeoisie. Die Vorschläge zeigen weiter, daß die Auslieferung bewußt gewollt und der Sozialdemokrat Bührer die "Rettung" der Finanzen der Gemeinde nur in der Auslieferung sieht. Daß Bührer im übrigen das Übergewicht des Privatkapitals wünscht, zeigt der erste Satz nach den Vorschlägen, in dem es heißt:

"Nur die legigene Form kommt für den hier angekreierten Zweck in Betracht."

Ferner folgende Sätze:

"Die Betriebsgesellschaft hat nur dann Sinn und kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn an ihr eine bestehende anerkannte, in ausgezeichnet finanzieller Verfassung befindliche Privatunternehmung ausdrücklich beteiligt wird... Eine Privatgesellschaft der gezeigten Art wird nach eingehender Information nur dann Interesse an der Beteiligung haben, wenn die Führung in der zu gründenden Betriebsgesellschaft durch Gewährung von mehr als 50 Prozent des Aktienkapitals gesetzlich zugesetzt."

Bührer wünscht also das Übergewicht des Privatkapitals. Im übrigen zeigt der Vorschlag, daß Bührer bereits mit den Privatkapitalisten verhandelt hatte.

Mit radikaler Phrasologie versuchen die Sozialdemokraten von diesen Tätsachen abzulenken. Um über die Wahlen hinwegzukommen und dann um so leichteres Spiel zu haben. Die Werkstätigen dürfen sich nicht erneut betrügen lassen. Die Gefahr ist riesengroß. Die Entscheidung für die Werkstätigen lautet:

Entscheid

durch die Unterstützung der Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten sich misschuldig zu machen an der Auslieferung kommunaler Betriebe an das Privatkapital

oder

unter der Führung der RSD mitzukämpfen gegen die Auslieferungspläne des sozialdemokratischen Bürgermeisters.

Werkstätige, entscheidet gegen die Entkommunalisierungs- und Auslieferungspläne der Bührer-Bücher-Schulz-Einfachfront am 17. November durch die Wahl von Kommunisten!

So sehen Bührers Vorschläge aus

Dresden, den 29. August 1928

Kaufhoffnung von Anleihemitteln betr.

Die Eröffnung von Anleihemitteln zur Deckung des außerordentlichen Finanzbedarfs steht auf immer größere Schwierigkeiten. Der Inlandsmarkt für Anleihen ist wenig aufnahmefähig, so sehrzu erhöht. Auch sind die Bedingungen für internationale Anleihen so ungünstig, daß man eine mögliche Beschaffung weiterer Finanzmitteln durch Geldquellen von selbst gebietet.

Der ausländische, insbesondere der amerikanische Anleihamarkt hat neuerdings eine sehr starke Verfestigung erfahren. Die amerikanischen Großbanken halten mit ihren Emittenten außerordentlich zurück. Dazu kommt, daß die unter dem Einfluß des Reparationsagenten und des Reichsbankpräsidenten stehende Rentenagentur für Auslandskredite aus Gründen, die teilweise währungs-politischer Art sind, teils den Transfer aus den Löhnungen des Namensdienstes erleichtern sollen, die Aufnahme ausländischer Anleihen durch Gemeinden sehr erschwert und einschränkt. Die hierfür richtunggebende Aussicht des Reichsfinanzministers, das auch unter der neuen Regierung keine Veränderung erwartet.

Die Tätsachen müssen, soweit es sich um den außerordentlichen Finanzbedarf der Verwaltung im engeren Sinne (Haushaltswaltung) handelt, als unabänderlich hingenommen werden. Auf diesem Gebiete kann man den Wirkungen der bestehenden Verhältnisse nicht oder wenigstens nur in ganz geringem Umfang ausweichen. Anders steht es mit den städtischen Betrieben, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen können als finanziell selbständige wirtschaftliche Unternehmungen der Stadt auch danklich der Befestigung ihres Finanzbedarfs geziert behandelt werden. Es besteht die Möglichkeit — unter Umständen sogar die Notwendigkeit — sie den Nachteilen der eingeschlagenen Lage auf dem Geldmarkt zu entziehen.

Nachdem dann der Geldbedarf im einzelnen angegeben wird, läuft Bührer fort:

„Es kann als ausichtslos gelten, Anleihemittel in diesem Umfang zu beschaffen.

Zur die Werke aber würde eine solche Hemmung ihrer Entwicklung einen kaum wieder gutzumachenden Schaden bringen und von wirtschaftlichen Nachteilen allgemeiner Art begleitet sein.

Angesichts dieser Sachlage steht sich das Finanzamt genötigt, auf folgende Möglichkeiten zusammen zu machen, welche den Werken eine ungehemmte Entwicklung gestatten und sie von den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung voraussichtlich befreien.

Der Weg zur Erreichung des eben bezeichneten Ziels besteht in der Lösung der Werke aus der städtischen Verwaltung, nämlich ihres Betriebes. Die Verhältnisse erfordern, daß sie den gewünschten Erfolg haben, eine sehr weitgehende sein, sowohl in tatsächlicher wie in rechtlicher Beziehung. Die möglichen Betriebsformen städtischer Werke sind kurz zusammengefaßt:

1. Der reine Regiebetrieb ist in den Verwaltungsapparat der Gemeinde vollständig eingebettet. Der Betrieb ist einer Verwaltungsdéputation unterstellt.

2. Der verfehlbare Regiebetrieb wird im kommunalen Haushaltplan als getrenntes Vermögen geführt und als selbständiges wirtschaftliches Unternehmen nach laufmännischen Grundzügen für Rechnung der Stadt betrieben.

Der reine Regiebetrieb ist in den Verwaltungs-

apparat der Gemeinde vollständig eingebettet. Der Betrieb ist einer Verwaltungsdéputation unterstellt.

a) die Betriebsgesellschaft mit rein städtischem Kapital, bei der die Gesellschaft nur mit dem Betrieb beauftragt wird, während das Eigentum der Stadt bleibt, sogenanntes "Königsberger System".

b) die Eigentumsgeellschaft, bei der der neu gegründeten Gesellschaft Betrieb und Eigentum des Werkes übertragen werden.

3. Das gemeinschaftlich wirtschaftliche Unternehmen. An der Gesellschaft ist neben städtischem auch privates Geld beteiligt, wobei noch zwischen Unternehmungen mit je 50 Prozent öffentlich-rechtlicher oder privater Beteiligung und jenen mit mehr als 50 Prozent öffentlicher oder privater Beteiligung zu unterscheiden ist.

Aur die legigene Form kommt für den hier angestrebbten Zweck in Betracht. Es wird eine Betriebsgesellschaft geschaffen mit dem Zweck der Übernahme des Betriebes der städtischen Werke, nämlich Gaswerk, Elektrizitätswerk, Wasserwerk und Straßenbahn. Die rechtliche Form dieser Betriebsgesellschaft ist nebenläufiger Natur. Es kommen in Betracht die Form der Aktiengesellschaft und die der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Betriebsgesellschaft hat nur dann einen Sinn und kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn an ihr eine bestehende, anerkannte, in ausgezeichnet finanzieller Verfassung befindliche Privatunternehmung ausdrücklich beteiligt wird. Dann die angebrachte Geldbeschaffung für die Werke liegt sich nur erreichen durch das Mittel der Berechnung des Kredites der zu beteiligenden Unternehmung. Eine Privatgesellschaft der gezeigten Art wird nach eingehender Information nur dann Interesse an der Beteiligung haben, wenn ihr die Führung in der zu gründenden Betriebsgesellschaft durch Gewährung von mehr als 50 Prozent des Aktienkapitals bzw. der Geschäftsanteile zugesetzt.

Aur die legigene Form kommt für den hier angestrebbten Zweck in Betracht. Es wird eine Betriebsgesellschaft geschaffen mit dem Zweck der Übernahme des Betriebes der städtischen Werke, nämlich Gaswerk, Elektrizitätswerk, Wasserwerk und Straßenbahn. Die rechtliche Form dieser Betriebsgesellschaft ist nebenläufiger Natur. Es kommen in Betracht die Form der Aktiengesellschaft und die der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Betriebsgesellschaft hat nur dann einen Sinn und kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn an ihr eine bestehende, anerkannte, in ausgezeichnet finanzieller Verfassung befindliche Privatunternehmung ausdrücklich beteiligt wird. Dann die angebrachte Geldbeschaffung für die Werke liegt sich nur erreichen durch das Mittel der Berechnung des Kredites der zu beteiligenden Unternehmung. Eine Privatgesellschaft der gezeigten Art wird nach eingehender Information nur dann Interesse an der Beteiligung haben, wenn ihr die Führung in der zu gründenden Betriebsgesellschaft durch Gewährung von mehr als 50 Prozent des Aktienkapitals bzw. der Geschäftsanteile zugesetzt.

Bei der beprochneten Form der Betriebsführung bleibt das Eigentum an den Werkanlagen unberührt. Die Stadt bleibt als Eigentümerin von Grund und Boden, der darauf stehenden Anlagen und Einrichtungen und des Rohs- und Verbrauchsgutes. Sie überträgt die Werke an die Betriebsgesellschaft durch den Kaufvertrag. Der Kaufvertrag muß alle Rechte der Stadt befreien, insbesondere die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter und die Gehaltung der Verbrauchertarife regeln. Regelmäßig enthalten Verträge dieser Art auch ein Heimfallrecht zugunsten der Stadt, erstmals nach Ablauf von 15 Jahren.

Bei der beprochneten Form der Betriebsführung bleibt das Eigentum an den Werkanlagen unberührt. Die Stadt bleibt als Eigentümerin von Grund und Boden, der darauf stehenden Anlagen und Einrichtungen und des Rohs- und Verbrauchsgutes. Sie überträgt die Werke an die Betriebsgesellschaft durch den Kaufvertrag. Der Kaufvertrag muß alle Rechte der Stadt befreien, insbesondere die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter und die Gehaltung der Verbrauchertarife regeln. Regelmäßig enthalten Verträge dieser Art auch ein Heimfallrecht zugunsten der Stadt, erstmals nach Ablauf von 15 Jahren.

Die in Betracht kommenden Verträge werden in ihren Einzelheiten grob, aber nicht unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten. Insbesondere machen sich zahllose Einzelzehrungen notwendig. Solche sind bis jetzt nur in rohen Umrissen aufgestellt, so daß brauchbares Zahlensmaterial nicht vorgelegt werden kann. Berechnungen und Ausarbeitungen von Vertragsentwürfen sind bis jetzt deswegen unterblieben, weil vor Angriffnahme dieser schwierigen und zeitraubenden Arbeit die Grundlage gefüllt werden muss, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Hälfte der Körperschaften der Errichtung einer Betriebsgesellschaft unter überwiegender Beteiligung eines Privatkapitals und der Verpachtung der Werke an diese Gesellschaft zustimmen wollen. Ob diese grundläufige Rechtigung vorhanden ist, können die genauen Unterlagen und die ausgearbeiteten Vertragsentwürfe in verhältnismäßig kurzer Zeit vorgelegt werden.

Finanzamt
(ges.) Dr. Bührer.



Wie die SPD um die kommunalen Betriebe kämpft

Arbeiterport

Für die rote Einheit im Arbeitersport
Protokoll über die außerordentliche Bezirksvorstandssitzung
am 8. Oktober 1929

Ausschuss: Jahnau, Volk, Altmühl, Otto, Lüdke, Aufbau
20.45 Uhr. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Lage im Bund und Bezirk, 2. Allgemeines.

Vor Eintreten in die Tagesordnung wird folgender Sachvortrag erhoben: Durch die Ankündigung des Sozial-Rat. 63 war für Dienstag den 8. Oktober 1929 eine außerordentliche Vorstandssitzung einzuberufen worden, zu der erschienen waren: Rood, Töpler, Zschau, Zschau, Altmühl, Volk, Otto und Vogel. Es wurde eine Minderheit obiger Genossen eröffnete Gen. Rood 20.30 Uhr die Sitzung. Wichtiger Anwesender war nur Gen. Zschau. Der Tagungsablauf, das öffentliche Café in Kreisheim. Die Geschäftsführer waren verschlossen. Trotz Aufforderung der Gen. Altmühl und Otto wurden diese nicht geöffnet. Nach Eröffnung forderte Gen. Rood die Gen. Zschau und Vogel auf, die Sitzung zu verlassen. Gen. Zschau erklärte „Auf Grund der GV-Sitzung haben die beiden Ausschüsse ein Recht zur Teilnahme an der Sitzung. Da aber das Geschäftszimmer als bisheriger Tagungsaum nicht geöffnet wurde und wir uns nicht einen Haushaltensbruch schulden lassen wollen, fordere ich alle Bezirkvorstandsmitglieder auf, nach Jahnau's Restaurant, Streicherstraße, zu gehen, um dort die Bezirksvorstandssitzung stattfinden zu lassen.“ Darauf folgte Isolation in Weichholz der Genossen Zschau, Altmühl, Otto, Lüdke und Volk. Während dieser Erklärung verließ Gen. Töpler in provokatorischer Weise zu Tätilkeiten gegen den Gen. Zschau vorzugehen. Doch scheiterten diese Provokationen an der Disziplin der Minderheit des Bezirksvorstandes. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Der Gen. Zschau gibt einen ausführlichen Bericht über die Lage im Bund und Bezirk. Nach reicher Diskussion, an der sich sämtliche Genossen beteiligten, wurde folgender Aufruf verkündet und beschlossen, fesseln an die Vereine zu lädtien. Den Aufruf brachten wir bereits 1. Im allgemeinen heißt: Genossen! Viele den Antrag daß an heute sämtliche Sitzungs- und Telefonanmeldungen in Weißau kommen. Ohne Ausdruck wird der Antrag einstimmig angenommen. Zum Spiel Dresden-Kreis werden folgende Eintrittspreise festgesetzt: Erwachsene 50 Pf., Erwerbslose und Jugendliche 20 Pf., Kinder frei. Die selben Eintrittspreise gelten auch zum Spiel Meissen-Mittweida in Meissen. Zur nächsten Vorstandssitzung erfolgt übliche Einladung. Schluß der Sitzung 0.40 Uhr. Verlesen und genehmigt: Zschau, Altmühl, Volk, Lüdke und Otto.

undballigott!

Handballspiel am 12. und 13. Oktober im 2. Bezirk
Sonntagskampf am 12. Oktober
Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Saison am 1. Oktober
Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Cotta 1. (1:2) gegen 1. Ruhland 1. (1:2).

Handballspiel am 12. und 13. Oktober im 2. Bezirk
Sonntagskampf am 12. Oktober

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle: Weißau - Ruhland (10:0); Ruhland 1. Jgd. gegen
Cotta 1. (1:2).

Kaihalle

Achtung! Freitag! Achtung!

Groß-Sammel- und Werbe-Sonntag am 13. Oktober.

Alle Mitglieder der Partei, Jugend, Roten Hilfe, Zentral-Antifaschistischen Arbeiterwehr und des Roten Bauern- und Mädelbundes stellen sich am Sonntag um 9 Uhr in Postkappel beim Gen. Jendriches, Carolastrasse; in Döhlen beim Gen. Max Henke, Güterstraße; in Döhlen beim Gen. Koslik, Schachtweg; in Wurgt beim Gen. Alfred Berger; in Jaukerode beim Gen. Bruno Walter, am Bach 3; in Wurgt beim Gen. Rudi Preißer. Sorgt dafür, daß die Kommunistische Partei gegen den gemeinsamen Angriff der Bürgerlichen und Sozialdemokraten vorwärts schreitet.

Werbt! Agitiert! Sammelt!
USB Freitag.

Ein Reaktionär als Bezirkschulrat

Viena. Der Landesverband der freien Schulgesellschaften hat eine Entschließung gegen die Verwendung des Oberlehrers Egon Leopold, Dresden, als Bezirkschulrat in Viena gefasst, in der es unter anderem heißt:

Oberlehrer Leopold hat sich in Wort und Schrift als einer der lächerlichen Gegner des Uebergangsschulgesetzes erwiesen. Er hat die gegenwärtige Schulgelehrung jederzeit mit reaktionären Gedankengängen bekämpft und ist eine Bedrohung jeder sozialistischen Entwicklung auf schulpolitischen Gebieten.

Der Landesverband Sachsen des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands hat bisher zu allen solchen Entwicklungen geschwiegen. In diesem Falle aber muß er vor der breiten Öffentlichkeit auf die Gefahren hinweisen, die dem feststehenden Teile der Lehrer- und Elternschaft eines Bereichs entstehen. Die Elternschaft sieht in Leopold wieder die notwendige pädagogische und agitatorische Belästigung, die für das Amt eines Bezirkschulrates gefordert werden muß.

Wenn Leopold durch Gründung des Neuen Sächs. Lehrerseminars und Hilfestellung bei Bekämpfung aller schulreformerischen Arbeit durch Parteien und Kirchen jahrl. Tant seiner politischen Arouße verdient hat, so kann ihm dieser kleine Hebel jeder anderen Eignung auf seinen Fall durch Berufung in eine Bezirkschulratsstelle abgetreten werden.

Die öffentliche Meinung ist durch Rückberufung Leopolds zu beruhigen."

Dann wird der Landesverband in ebenso eindringlicher Weise aber gegen Herrn Leopolds große Vorbilder, die keinen Kurs Ideologisch und profatisch unterstützen, gegen die Konföderation um Strauß u. Co. Entwicklungen fassen?

Wir drücken die "Entschließung" nur deswegen ab, weil wir nicht dem Willen, Herrn Leopolds gegenwärtige Tätigkeit in Viena nicht im Einvernehmen treten wollen, den Verfehlungen der Entschließung sagen möchten, daß sie darüber hinaus auch profatisch gegen die Kulturrevolution mit den Kommunisten kämpfen müssen, wenn sie sich nicht der Unterdrückung des Konföderationsbürokraties schuldig machen wollen.

Die Kirche auf dem Gimpelfang

Oberlöhrn. Nur nicht der Kirchen- und Parochialverein auf Gimpelfang aus. Er wirkt mit einem langen Schreiben, das er an die Einwohner verläßt, für den Beitritt. Kein Arbeiter läßt sich von der schwarzen Macht dazu bestimmen, dem Betrieb beizutreten. Die Leute wollen den Trotzlos das Geld abziehen, um eine neue Verbummungsanstalt bauen zu können. Das Arbeiter wählt ihnen keinen Pfennig, sondern erlaßt seinen Kirchenaustritt.

Arb.-Korr. 1854.

Unter falscher Flagge?

Döllnitz. In der Kreisler Volkszeitung finden wir folgende Notiz:

Döllnitz. Ein moderner aufgepaßt! Einige Mitglieder der Kommunistischen Partei (Ortsgruppe Döllnitz) haben mit einer Sammelkiste bei ländlichen Ortsbewohnern um Geld für ihre Wahlpropaganda zu den Gemeinderatswahlen zu sammeln. Aus der Sammelkiste ist es leider ersichtlich, für wen gesammelt wird, da der Kopf der Kiste verdeckt ist.

Die Kreisler Volkszeitung ist sehr besorgt um uns. Die Wähler werden sich die Sammelkisten ansehen. Die Kommunisten brauchen "ihren Kopf" nicht verstecken. Aber jene Leute, die beim Gemeinderatswahlkampf das Kabinett der Köpfe voten wollen, zu vertrieben haben.

Hadeberg. Nach einer Beförderung des Ministeriums der Rüstung gilt das hier am 1. Oktober geführte Einwohnerabstimmung als Urteil für die Auswahl der Schöffen auf das Jahr 1930. Diese Kartei liegt vom 12. bis mit 19. Oktober 1929 im Einwohnermeldeamt des Rathauses — Erdgeschoss — öffentlich zu jedem Manns Einsicht aus.

Heidenau. Die Konzertgemeinschaft der Volksküche Dresden-Neustadt und Heidenau veranstaltet am Sonnabend den 12. Oktober 20 Uhr im Schützenhaus zu Heidenau ein Konzert, und zwar gelangt unter der Leitung des Konzertlers Kurt Helling das Operatorium "Die Schöpfung" von Joseph Haydn zur Aufführung.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Weßenstein. Beim Brückenbau starb ein in den sechziger Jahren lebender Arbeiter ab. Er erlitt eine Mitteldünnenleistung und mußte ins Johanniterkranenkabinett befördert werden.

Opelautofahrer machen „Arbeiterpolitik“

Brand-Erbisdorf. Unseren SPD-Leuten ist das Erbauen der Roten Bergbaustadt auf die Nerven gefallen, daß sie erst nach langer Zeit die Sprache wiederfinden. In ihrem Jörn glauben sie ein politisches Geschäft machen zu können, wenn sie zu persönlichen Verleumdungen gegen KPD-Funktionäre übergehen, darum wollen wir den Gedanken unserer Sozialdemokraten ein wenig nachholen. Für die Teilnahme am Spartenkongress in Königsberg wurden gebeten (für 6 Tage):

An einer KPD-Konferenz: Fahrgeld, Tagegeld, Übernachtungsgeld, alles nach leidigen Söhnen, und außerdem eine Extravergütung von 300 Mark.

Man erkennt daraus, daß die SPD-Gesellen sich sehr wenig um die Finanzlage der Stadt kümmern. Mit 70 Mark den Tag, zuerst seinem Gehalt, läßt es kein Leben. Ein Erwerbsarbeiter bekommt 18 bis 18 Mark in der Woche. Auch dem Wallermeistergebäude steht Gemeindefürsorgerin geht es gut in ihren Stellungen. Der Lagerhalter im Elektrogläsernwerk liegt auch schon wieder fest. Es kommt nur ein Mann mit dem KPD-Partei durch in Frage. Wer macht das Geschäft? Wer hat ihn den Posten beim Geldelauf der Stadt herausgeholt? Wer bestreift Bodenbesitz? Das waren Bürgerliche! Von Holenweg bis zum Auberg, dort ist Geld verdient worden.

Das verschwigen die Sozialdemokraten, weil sie mit dem Bürgerum so eng verbunden sind, daß sie einfach genau den Geheimnissen der Bürgerlichen nicht aufstreben können.

Herr Förster auf der Jagd

Ein Pirnaer Wohlfahrtsbeamter auf der Jagd nach Veräußern der Arbeitersstimme

Viena, 10. Oktober.

Die immer mehr steigende Not der Arbeiterschaft und der Kampf der Arbeiter hat die Bourgeoisie dazu bewegt, Einrichtungen zu schaffen die "mitwirkend" eingreifen sollen. Wohlfahrtsämter nennt man dieselben. Sie sollen dafür sorgen, doch jeder wohl führt in seinem Leben.

Auch unsere Stadt Viena hat ein solches Amt eingeschafft, denn die kapitalistische Ordnung hat auch hier die größte Unordnung und Verwirrung geschaffen. Die Zahl der Beamten reicht bei weitem nicht aus, um den Anforderungen der Wohlfahrtsangelegenheiten Rechnung zu tragen. Jeder Beamte muß seine ganze Zeit einnehmen, wenn er seine Pflicht erfüllen soll. Doch der Wohlfahrtsbeamter Förster lebt seine Funktion nur als Nebenbeschäftigung zu betrachten. Seine Hauptaufgabe ist neuerdings die Verfolgung der Verkäufer der Arbeitersstimme. Seit vor langer Zeit wurde unseres Betriebsarbeiter einen Strafzettel von 10 RM ausgefertigt, weil er bei der Firma Ritter "Die rote Spinne" verkauft. Dieser Fall wurde durch Herrn Bürgermeister Scheffler "aus der Welt gelöscht", weil er die Bekämpfung als zu Unrecht erfolgt erkannt hatte. Dem Wohlfahrtsbeamten genügt das aber nicht — — Am vorigen Freitag, dem 27. September, wurde der Genosse Paul Adenauer (diesmal von dem Wohlfahrtsbeamten Förster) beim Verkauf der Arbeitersstimme bestraft und der Name festgestellt. Alle Beschwerden, daß die Sache durch unsere Stadtgüte und Herrn Bürgermeister geregelt ist, hielten nichts. Herr Förster wollte den Rat der Stadt beweisen, daß er ein tüchtiger Kerl ist, und mit seinen Kollegen in Uniform weiterfahren kann.

Er wollte zeigen, daß er ein Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft ist, denn um den Betrieb der Volksschule hätte er sich nicht gekümmert. Seine Handlungswelt überzeugt uns nicht besonders, muß er doch belangt sein um das Wohl und Weiterbestehen dieses "Ordnung"staates, der auch ihm die Justiztruppe hilft. Wichtiger wäre es, er würde sich mehr um die Erziehung bei Wohlfahrtsangelegenheiten kümmern und nicht politische

Wohlfahrtarbeit leisten. Gerade mit den Untergang hängt es Monatelang müssen die armen und bedürftigen Proleten warten, bis ein dringender Fall durch den Apparat läuft und keine Erfüllung findet.

Dem Wohlfahrtsbeamten Förster sei hiermit gesagt, daß seine Handlungswelt ihm keine Freunde bei den Arbeitern einbringen wird, sondern Verdacht. Wir aber werden den Kampf um die Aufklärungsarbeit höh und ohne Furcht vor Schikanen forschagen, trotz allem, bis zum Sturz dieses Gnaden und Hungersystems, für die Schaffung einer gerechten Welt.

Arbeiterstimmen- und Betriebszellenzeitungsverkäufer aufgepaßt!

Nicht ins Hochhorn jagen lassen, denn:

Polizeigemeine kennen ihre eigenen Gesetze nicht.

Wiederholt machen wir bei dem Verlust der Arbeitersstimme und der verschiedenen Betriebszeitungen vor den Betrieben darum, bei dem Verkauf von Wohlfahrts- und sonstigem Propagandamaterial die Beobachtung, daß Polizeibeamte den Betrieb solcher Druckschriften dadurch zu unterbinden suchen, daß sie von den Verkäufern das Kommen eines Gewerbeleines verlangen bzw. die polizeiliche Genehmigung fordern. Zur Information für unsere Agitatoren bringen wir nachstehend nochmals einen Auszug aus dem Urteil eines Gerichts und bitten unsere Genossen und Genossinnen, sich diesen Abschnitt auszuschneiden, gut aufzuhören und den jagdbefüllten Amtsorganen zu geeigneter Zeit unter die Nase zu halten:

„Vor. Zeitungswesen.“

Wer als Mitglied einer Organisation oder eines Vereins ohne Entgelt Druckschriften verkaufst, handelt nicht gewerbsmäßig nach § 43 Absatz 1 der Gewerbeordnung und darf seinerlei polizeilicher Genehmigung, mag auch die Partei oder sonstige Auftraggeber einen dauernden Gewinn erzielen. Urteil des Kammergerichts vom 2. 4. 28 3, Seite 407 27 10.“

Organisiert die Rote Wohlfahrt!

Zusammenfassung der Arbeitersorganisationen, Erwerbslosen und Betriebsbelegschaften im Wirtschaftsbereich Pirna-Heldenberg zum Kampf um die sozialpolitischen Forderungen des Proletariats

gestellt, angelsicht der Vorstufe der sozialen Reaktion, der Massenarbeitslosigkeit und der erst einsetzenden Trennungswelle des Abwehrkampfes zu organisieren.

Die Zusammenfassung der Alters- und Sozialrentner, der Erwerbslosen sowie der Betriebsarbeiter soll den Kampf um die sozialpolitischen Forderungen vorbereiten und im Wirtschaftsbereich Pirna-Heldenberg durchzuführen. Aus diesem Grunde findet am

Mittwoch den 16. Oktober um 20 Uhr im Volksbau Viena (kleiner Saal) eine zunächst unverbindliche Sitzung statt, zu der jeder Betrieb und jede Arbeitersorganisation zwei Vertreter entsenden soll.

KPD Bezirk Ostsachsen

Adressen: Kurt Sindermann, M. d. L.

SEKRETARIAT Dresden-Altstadt, Columbusstraße 9

Anruf 28031 Für den öffentlichen Verkehr ist das Sekretariat geöffnet ab 8 Uhr. Ankünfte in Pforzheim, Wohlfahrt- und sonstiges

Arbeitsvertragen werden durch die Stadtverordnetenfraktion nur Donnerstag und Montag von 14 bis 18 Uhr, Neues Rathaus, Zimmer 206, erstellt

Wie Unterbezirke werden angeben, ihre Kriegs- und Arbeitsopferabgaben bis Ende am Sonntag den 3. November an die KPD.

Freitag den 11. Oktober

Stadtteil 1. Rat 10. Wochensbericht über Niederschlesien. Ref. Gen. Schmelz.

Stadtteil 2. Rat 10. Wochensbericht über Sachsen-Anhalt. Ref. Groß Löhrs.

Stadtteil 3. 20 Uhr im Kaffee Schmelz: Zeitung.

Sonntag den 13. Oktober

Tharandt 19.30 Uhr im Kirchberg Wohlfahrtsversammlung. Ref. Gen. Schlemmer.

Görlitz 19.30 Uhr. Wochensbericht.

Bautzen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Wilsdruff 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Schönfeld 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Stollberg 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Georgenthal 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Chemnitz 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Plauen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Meißen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Werdau 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Wittenberg 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Freital 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Werdau 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Wittenberg 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Chemnitz 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Plauen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Werdau 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Chemnitz 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Plauen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Werdau 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Chemnitz 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Plauen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Werdau 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Chemnitz 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Plauen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Werdau 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Chemnitz 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Plauen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Werdau 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Chemnitz 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Plauen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Werdau 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Chemnitz 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Plauen 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Werdau 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Leipzig 19.30 Uhr. Wochensbericht über Sachsen.

Chemnitz 19.30 Uhr

Fortschrittlich sein Rundfunk-Werbewoche

Rundfunk hören vom 5. bis 13. Oktober 1929



Auch Sie müssen die Aussagen in den Fachgeschäften des Reichsverbandes Deutscher Funkhändler, kenntl. an nebenstehendem Zeichen, bestätigen



Putz- und Reinigungsmittel

RESULTAT GLÄNZEND

Amo-Putz- und Scheuerpulver	0.15	Mop-Politur	500-g-Flasche 1.50
Bohnerwachs lose	0.80	Mop-Politur	1-kg-Kanne 3.00
Bohnerwachs	0.55	Mop-Politur lose	Pfund 1.20
Bohnerwachs	1.10	GEG-Mop mit Zange und Stiel	3.30
Lederfett schwarz	0.20	GEG-Handmop	2.00
Lederfett gelb	0.40	GEG-Ersatzfransen	1.10
Fleckentinktur	0.40	Ofen-Politur	Dose 0.15
Fleckenpulver	0.25	Ofen-Politur flüssig	Flasche 0.30
Fleckenwasser	0.40	Putzpomade	Dose 0.10
Metallduft	0.20	Schuhereme in allen Farben	0.25
Metallduft	0.35	Schuhereme Edelpasta	Tube 0.35
Mop-Politur	0.50	Schuheputzmittel Faro	0.60

Scheuertücher

Frauenstofz	0.60		Nr. 36	0.55
Waifeltuch	0.45		250	0.40

Konsumverein

VORWÄRTS

Abgabe nur an Mitglieder

Gib
auf gute
SCHUHE

Die Leser der Arbeiterstimme kaufen nur bei

Schuh-Oestreich

Das billige Schuhhaus Dresdens

Jahnstraße 5, am Wettinerbahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse, Nähe Altmarkt
Königsbrücker Straße 3b, am Albertplatz

Damen Herren

3.75	8.75
6.90	10.50
10.50	14.50

Schusters Speisehaus
Elßberg 10

Freitag, den 11. bis einschl. Montag, den 14. Oktober
große Hauskirmes u. Hochbierfest

Für gute Speisen und Getränke sowie für musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt. Es laden hierzu herzlich ein: J. Schuster und Frau

Optiker Pochert
Fachgeschäft für Augengläser

Freital-Potschappel
Gegenüber dem Rathaus
Lieferant für Krankenkassen

Große Auswahl in schönen, reinen

Bettfedern

Daunenschleiß und ff. Daunen
in allen Sorten

kaufen nun gut und billigst in
Küglers Versandhaus, Filipsdorf
neben Hofstelleweg

Billige Geschenk-Tage

Bei Einkauf von 10 Mark erhalten Sie 1/2 Dz. Wischtücher gratis!

Sensations-Preise

1 Posten Jumper-Schrüzen	95,-	1 Posten Wischtücher	95,-
22,-	22,-	Reinlein. Handtuch	68,-
68,-	118,-	Hausfrau. Strümpfe	98,-
98,-	52,-	Indanthren-Dekken	118,-
118,-	5,-	Körper-Badrent	52,-
5,-	10,-	Bettwäsche	5,-
10,-	fertig genäht, pa. Daunenkörper garantiert echtf.	Bett-Inlett	10,-

Fraueneck
Schössergasse 9 am Altmarkt

Arbeiter-Gesang-Verein „Freie Sänger“ Pirna-Posta u. Um.
unter Mitwirkung des
Volkschores Graupa-Jessen

Mitgl. des D. A. S. B., Sonnabend, den 12. Oktober 1929 im Gasthof Posta

Gesangs-Konzert

Leistung: Herr Alfred Hähnsgen, Posta
Eintritt 50 Pf. Erwerbslose, Sozial- und Kleinkrentner gegen Ausweis an der Kasse 25 Pf. Einlaß 19 Uhr, Anfang 90 Uhr
Es lädt herzlichst ein D. V.

Nach dem Konzert findet ein gemütliches Tänzchen statt
Der Wirt

CAPITOL

Prager Straße 31 Tel. 19001

Lois Trenkner

Der Ruf des Nordens

Ein Drama aus der Welt ewigen Eises

Dieses große dramatische Werk aus der Polarwelt bedeutet eine echt deutsche Tat

In Spitzbergen und auf dem Expeditions-schiff Hobby im ewigen Eis aufgenommen

An unsere Besucher!

Sie haben alle das Schicksal dieses Films in Tageszeitungen und illustrierten Bildern verfolgt. Sie wissen, daß Trenkner und seine Künstler mit dem Expeditions-schiff „Hobby“ wochenlang im Polareis verschollen waren.

Beginn 4, € 15, 80
Orchester W. Wilke

Deutschnationale Demagogen erkannt!

Kommunisten allein kämpfen für die Angestellten

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte für Dienstag zu einer Protestfunkfeier unter dem Motto: "Konservierung, Angestelltenbau und Doppeldienst" aufgerufen. Die Bürokraten dieses Verbundes treten in der Deutschen Reichsstadt immer dann in Erscheinung, wenn belohnte Ereignisse die Arbeitnehmer und Angestelltenchaft bewegen. Sie wollen durch solche Kundgebungen den Einfluss der KPD erwecken. Was ihre "Aktionen" in Wirklichkeit wert sind, beweist diese Kundgebung deutlich genug. Nach einem leichten Referat wurde eine inhaltliche Resolution vorgelegt, in der von den Unternehmern "menschliches Fühlen" und "anständiges Handeln" verlangt wurde. Das Mittel zur Schiedigung der Not der durch die Nationalisierung aufs Pfaster geworfenen Angestellten ist die Ausföhrung aller Angestellten aus der Beschäftigung sein, die nur arbeiten, um um sich von Verdienst belohnende Lizenzen zu kaufen. Vorläufig wurde auf pensionierte Offiziere und im Ruhestand lebende Beamte hingewiesen. Da damit nicht die Auswirkungen der kapitalistischen Nationalisierung beseitigt werden können, wird den meisten Anwesenden klar gewesen sein.

In der Diskussion wurde von einem kommunistischen Redner die kapitalistische Nationalisierung gekennzeichnet. Aus dieser Schilderung erkannte die Mehrheit der anwesenden Angestellten die Habsucht des von den DHV-Bürokraten empfohlenen Mittelwegs. Starker Beifall erhob sich, als der Kommunist schwerte, daß der DHV seit Jahren mit der Not der älteren Angestellten frechen geht, daß aber von ihm nichts gegen die Verschlechterung der Gewerkschaftsunterstützung getan worden ist.

Die DHV-Konzepte waren verbaut, als dem kommunistischen Redner nach einer klaren Formulierung der Forderungen und des Weges der revolutionären Opposition anhaltender Beifall gesetzt wurde.

Einige Nationalsozialisten versuchten, die Angestellten für sich einzufangen. Das gerade sie bei den Angestellten zu tun versuchten, ist kennzeichnend für die Schwierigkeiten, die die Unternehmer durch die zunehmende Radikalisierung der Angestellten machen leben. Um diese Schwierigkeiten zu beiteilen, gehen die Unternehmer die Nationalsozialisten auf die Angestellten, die versuchen, sie mit radikalen Verhandlungen und ideologisch-revolutionären Sätzen vor der Einreichung in die revolutionäre Kämpferfront abzuhalten.

Ein DHV-Ortsverein stieg zuerst in die Diskussion ein und hielt eine einstündige Predigt über die Verschlechterung der Welt- und die Notwendigkeit, den Menschen in den Mittelpunkt

der Dinge zu stellen. Ein Drittel der Anwesenden quittierte dies durch Aufbruch aus der Sitzung. Die anderen warteten bis Ende ab; der größere Teil erwartete und hoffte lächelnd, ein kleiner Teil ungeduldig um das Prestige des Organisationsschlags.

Zum Schluß sollte die Resolution angenommen werden. Es kam aber anders. Ein knappes Drittel der Versammlung entschied sich für Annahme. Sitternd verstandet der Versammlungsleiter nach abermaliger Aufforderung, die anderen machten doch auch die Hände aufheben, das sei zwecklos die Mehrheit, hömmerisches Flächter und Unruhe der wirklichen Mehrheit antwortete dieser verlogene "Entscheidung". Der Herr Redner verzichtete flügelmäßig aufs Schluswort und eindrucksvoll wurde unter allgemeiner Unruhe die Versammlung, die zu einer Kundgebung gegen den DHV und seine kapitalistischen Hintermänner geworden war, geschlossen.

Gruppen bestürzender Angestellten drängten sich um den kommunistischen Redner. Vor dem Gewerbehaus verharrte ein beiderseitig DHV-Konzepte den Nachweis zu erbringen, daß die Ange-

stellten an der Verschlechterung der Gewerkschaftsunterstützung un interessiert seien, da sie ja nichts angeht. Er erhielt dabei eine so empfindliche Abfuhr, daß die Kriminalpolizei sich einmischt, um ihn und seine Kolle in Sicher zu nehmen. Wahrhaftig demonstrativ einer der Seinen den kommunistischen Redner, indem er schreibt: "Wenn dieser Wehrer aber so frech wird!"

Diese Verkennung hat gezeigt, daß es für die Arbeiter höchste Zeit ist, sich ernsthaft um die Angestellten zu kümmern. Wenn diese Opfer der kapitalistischen Nationalisierung nicht den Faschisten in die Reime getrieben werden sollen, muß die Arbeiterschaft die Initiative zum Zusammenbruch ergreifen. Der Boden ist gut.

Vom DHV, der sogenannten freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation, war weit und breit nichts zu sehen. Er demonstriert durch seine Abwesenheit, daß er sich mit den DHV-Konzen nicht auseinanderzuwenden hat, weil die Bürokraten beider Organisationen gleiche Brüder nur mit ungleichen Koppen sind. Er demonstriert weiter, daß er kein Interesse an der Erfassung der notleidenden und falschgeführt Angestellten hat. Um so mehr Interesse hat die revolutionäre Opposition. Sie wird weiter durch die Tat beweisen, daß sie im Kampf gegen die Bürokraten des DHV, DHV und GDV sowie alle anderen reformistisch und bürgertisch geleiteten Organisationen die Angestellten zum Zusammenbruch mit den Arbeitern in den Betrieben führt.

Streik gegen das Bündnis der Unternehmer und Verbandsbonzen

Die Belegschaft der Alarma Kieke Neubau-Schlachthof, hatte beschlossen, Montag den 10. September, am Tage der Reichstagsöffnung, zum Protest gegen die Verschlechterungen der Gewerkschaftsunterstützung die Fabrikette eine Stunde früher zu verlassen. Dem Polier Richter war das sehr unangenehm und er überlegte, wie er diese Bewegung am besten abbrechen könnte. Am Montagnachmittag hatte er plötzlich das richtige Mittel gefunden. Er wählte sich an die Beamtheit der Zimmerer, und der Reformist Klinke gab ihm bereitwillig Auskunft. Erleichtert kam Richter darauf zum Obmann des Betriebes und

Wirf deine Zeitung nicht weg

fondern gib sie deinen Arbeitskollegen. Du leistest damit dir und unserer Bewegung einen guten Dienst

fragte ihn, von wem der Proteststreik ausgehe. Als ihm die richtige Antwort gegeben wurde, sagte er: "Von den Gewerkschaften werden wir nicht unterstehen, der Vorsitzende Klinke hat gelungen, ich bin bereit, die ganze Belegschaft zu entlassen. Weiter bin ich bereit, mir die Fabelführer herauszusuchen und diese zu entlassen." Nach seinen Ausführungen zu urteilen, hatte dieser Kapitalistfreud über den Kollegen Delius von der Verbandsleitung eingehende Auskunft erhalten. Delius ist auf diesem Bau als Obmann tätig. Wahrscheinlich sollte hier der Wind des Herausgetreibens der Fabelführer praktisch ankommen werden.

Polier Richter versuchte nach der Abfuhr bei der Betriebsversammlung die einzelnen Kollegen zu verwirren. Mit Unterstützung der Reformisten des Zimmererwerbandes wollte dieser Unternehmerfreund also erreichen, daß wenigstens die Zimmerer sich nicht am Proteststreik beteiligen, so daß damit die einheitliche Bewegung zerstochen gewesen wäre. Vor allem sollte die Betriebsersetzung von der Belegschaft holt werden. Das Ziel wurde aber nicht erreicht, denn außer 4 Schmarotzern verließ die gesamte Belegschaft eine Stunde vor Arbeitsbeginn den Bau.

Aber solche Schmarotzer sollen nicht glauben, daß sie damit etwas gewinnen. Durch persönliche Schmeichelei wird nichts erreicht. Die Arbeiter müssen sich in die Front des revolutionären Proletariats einreihen, um den heutigen Kampf gegen die Unternehmer und ihre Diener zu führen.

Bei derselben Firma wurde natürlich ein Zimmerer wegen "ungenügender Arbeitseffizienz" entlassen. Nach dem Gutachten des Poliers Richter war der Kollege zu langsam gelaufen und hatte zu lange auf der Bude gesessen. Sein Fehler war, die in diesem Betrieb dafür genau berechneten Minuten nicht eingehalten zu haben. Die Gewerkschaftsleitung vertrat auch in diesem Falle nicht den Standpunkt des Arbeiters. Vielmehr erklärte Delmrich vom Zimmererwerb, der Polier Richter ist doch nicht gerade ein so großer Kapitalistfreund, und wenn er den Kollegen entlassen hat, wird er schon seine Gründe dafür gehabt haben". Nach der Meinung der Kollegen war die Entlassung zu Unrecht erfolgt. Aber die Verbandsleitung schenkt ihr Vertrauen eben den Unternehmern eher als den Arbeitern.

Aus diesen hier angeführten Beispielen ergibt sich, daß die Reformisten mit den Unternehmern Hand in Hand arbeiten. Es gilt daher auch für die Zimmerer der Fabrikette Dresden, mit diesem System aufzuräumen. Der Bürokratie muß gezeigt werden, daß die Arbeiter nicht einverstanden sind mit ihrer Politik des täglichen Arbeitservertrags.

Richtig ist es, sich aus Erbitterung ableiten zu lassen. Nur der rechte Zusammenbruch aller oppositionellen Kollegen bietet die Gewähr, daß gründlich aufgeräumt wird mit dem reaktionären Saustall. Unter der Führung der Opposition wird es möglich sein, die Leute zu beleben, die sich im Kampf für die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen uns in den Weg stellen.

Bauarbeiter, organisiert die einheitliche Kampffront, entsendet Delegierte zur Konferenz der oppositionellen Bauarbeiter am 18. Oktober.

Arbeiterkorrespondenz 1500.

Verantwortlich für Politik und Gewerkschaftliches: Martin Haas, für Soziale, Sport und Freizeit: Willi Edener, für Intellekt: Richard Hartwig, Heraus in Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsanstalt mit Druck: Deutscher Buchdruckerei Dresden.

3000 im Kampf

Gest 6 Wochen ungebrochene Kampffront der Rohrleger

Trotz Polizei und Hunger, trotz DHV, der im ganzen Reich Streitbrecher vermittelte, steht die Front der Rohrleger ungebrochen. Immer weitere Unternehmer erkennen die Forderungen der Rohrleger an. Die Bauarbeiter solidarisierten sich weiter mit den streikenden Rohrleger. Kein Bauarbeiter arbeitet an einem Bau, an dem Streitbrecher beschäftigt sind. Die Sektion der Zimmerer überwies den Streikenden 25000 M. Durch die verdiente Front proletarischer Solidarität ist die Aussicht auf den Sieg gewich.

Die Internationale Arbeiterhilfe hat bereits höhere Unterstützungen den streikenden Rohrleger gegeben. Bei der Bekämpfung dieses Kampfes muß diese Unterstützung verdoppelt werden. Die glänzenden Beweise proletarischer Solidarität, die aus Nahk von anderen Kämpfen gestiegen wurden, müssen bei diesem Kampf noch überboten werden. So haben u. a. die ALH-Gesellen des Bezirks Halle-Merseburg mit Vermittlung der dortigen Genossenschaften den ersten Waggon mit 40 Zentner Lebensmittel abgeladen. Auch die Berliner Organisation der ALH hat bei den Reichsleuten Lebensmittel gesammelt und diese sofort in den Beigaben an die Streikenden verteilt.

Um weiter leiden die Kinder. Aus diesem Grunde hat die ALH die ersten beiden Milchverteilungsstellen für die Kinder der streikenden Rohrleger eröffnet, in denen täglich je 100 Liter Milch gratis zur Verteilung kommen. Beigaben sind weitere 6 Milchverteilungsstellen, die im Laufe dieser Woche eröffnet werden sollen.

Am Mittwoch erhalten 1000 Rohrleger Lebensmittelportionen im Werte von je 4 M. Die kinderreichen Familien bekommen außerdem noch besondere Zuwendungen. Mit dieser Hilfe wird weiter die Kampftat gesteigert. Das bisher Geleistete reicht aber nicht aus. Die Bemühungen im ganzen Reich, die Sammlung zu verstärken, müssen Widerhall bei allen klassenbewußten Proletarien finden. Der Kampf der Rohrleger ist ein Verteilungskampf: Unternehmerwillkür, Sozialfascismus und Polizei. Dieses Dreigestirn findet seine Krönung in dem Schlichtungszwang. Die Berliner Rohrleger kämpfen für alle Werktagen. Sie treiben den ersten Riegel in die Front des Schlichtungszwanges.



ablassen! Aus einem Loch in der Luftschiffwand wird Wasser in diesem Strahl ablassen. Ballonhöfe fliegen zur Seite. Menschen hängen sich an die Stangen, wo oben die Säle hängen.

Auswiegeln! In der Mitte von unten wird Wasser ablassen. Das Gleisgewicht ist noch nicht vorhanden.

Mittlerweile haben sich die Passagiere ins Innere begeben. Kleine japanische Flaggen hängen an den Fenstern heraus. Der Außenraum ist dunkel. Eben ist Ecken hinzugezogen. Er hat sich eingekuschelt, um den Ertüchtigungen zu entgehen, was ihm die Polizei ebend vermetzt. Hundert Menschen stehen vor der Gondel, davon etwa zwanzig Passagiere. Das war früher anders. Jetzt ein Werkmeister. Was geht ihn an? Er hat kein Brot, und kommt daher. Aber sie sind nicht so, die Arbeiter. Sie alle haben die klassische "Werftkreuse" in Gedanken. Sie schwimmen gern, wenn möglich nur ein paar Millionen über Meer liegen können. Sie sind die beiden Werftgenossenschaften. Edener hat sie gut gewählt. Und so ist es möglich, daß er jetzt sogar mit der Rationalisierung des offensichtlich unrationellen Betriebes beginnt, indem er die losen Flügelschlagsnahmen — in private Verwaltung gibt. Was das heißt? Genauso ist das nicht verständlich. Eine Verbesserung wird es nicht bedeuten.

Bitte über Japanisch. Bitte zurücktreten! Man kann zurück. Nicht auf die Gleise treten! Auf beiden Seiten sind Schienen für die Passagiere gelegt, an denen Jepp versteckt ist. Hinten heißt es noch einmal: Loslassen! Dann läuft der Wehrbeamte hinzu. Die Kükkerde, die sonst das Gras des Landungsplatzes frischt — ein Teil des umzäunten Terrains wird landwirtschaftlich ausgenutzt — ist zur Seite getrieben. Nun werden auch die Menschen draußen, fünfhundert vielleicht, abgedrangt. Ein paar Tausend laufen durch den Raum drüber am Wald. Sie werden nichts sehen, denn das Schiff verläßt die Halle wegen des Windes nach hinten.

Der Himmel ist plötzlich geworden. Der Mond ist in den Hafen gerutscht. Kleine Wölchen schwimmen am Himmel. Draußen sieht einer Signale Megaphon schreit: Abfahrt — los! Wohin an die zweihundert Menschen beginnen zu ziehen. Leicht schwiebt der Jepp durchs Tor. Dann schieben sie seitlich

Der Krieg ist draußen viel kleiner geworden, scheint uns. Silberne steht er aus als drinnen. Die Passagiere warten. Die Passagiere aus den Motorsegelbooten warten mit Taschenlampen. Die Außenbordmotoren flammen auf.

Halt! Der Jepp steht. Von drinnen heißt es: Loslassen! Er schaut eine Sekunde. Dann ein kräftiges Klingeln: Kurz nacheinander knallen die fünf Monbacs los. In ihren Gesang mischt sich ein leises Kreischen: Deutschland, Deutschland über alles... es wird in zehn verschiedenen Tonarten gehungen. Schauderhaft. Und dann tritt es in Hochrufen. Japanische Fahnen wischen. Von oben schwingen sie Taschenlaternen. Frauen und Männer der Passagiere mischen sich die Augen: Wird er wiederkommen?

Schön steigt der Jepp auf. Von hinten hinter sieht er jetzt aus wie eine dicke hibane Mutter. Er hat nichts Majestätisches mehr. Ohne eine Majestätlichkeit führt er davon. Die Leute sind etwas böse darüber.

Dann darf man wieder rauchen. Überall flammen Zündholzer auf. Langsam lehrt sich der Landungsplatz.

Motorräumen. Kommt er noch einmal? Es ist nur ein Motorflugzeug, das zum Abhören etwas zu spät gekommen ist.

Im hellen Tag liegen die Gebäude der Zeppelinwerft. Daneben die der Maybachwerke. Damit gelegentlich 20 Millionen und Preßleute über Meer fahren können, ein solcher Aufwand? Nein, nein. Das hat andere Gründe. Auch dieser Silbertrieb kann Silberlaie schleppen. Auch er wird aus unseren Tiefen gebaut und unterhalten. Schon steht das Eisengerüst für eine neue, noch größere Halle! Wird die fertig werden?

Man zweifelt. Denn mittlerweile hat sich hinreichend erwiesen, daß drüben, auf dem Schweizer Bodenleute, der kleinere Bruder des Riesen viel wichtiger sein wird als der große Zeppelin. Er kann etwas ebensoviel, daß vielleicht mehr schleppen, und ist es nicht eine Zielscheibe für feindliche Abwehrgeschütze. Er ist kein Spielzeug, sondern ein zielbewußt konstruiertes, rationell weiterentwickelter Nachfolger der bisherigen Flugzeuge. Der spächwüchsige deutsche Geist hat das wieder einmal geschafft. Und die deutsche Zukunft liegt in der Luft. Wir werden dafür lügen müssen, daß die deutsche Zukunft, die die haben Herren sie sich denken, bald ins Wasser fällt.

Start zum Weltflug

(Schluß)

Das Gesetz wird eingeholt. "Wir haben schon 40 Kilogramm zu viel," ruft der Offizier. Als ob das bei einem jungen Niesen etwas ausmachen könnte. Aber es prangt offenbar eine ganze Menge aus. Und so wird ein Sack waggelnd schleppen. Er sieht aus, als wäre er mit Kohlöffeln gefüllt. Aber es scheint, als sei es die Hünfeld-Büste, die man nach Tokio verfrachten wollte. So muß Mister Hünfeld nach seinem Tode den Friedhof bereichern.

Etwa 20 Passagiere fliegen über die Holztreppen in die Kabine. Oben wird gedröhnt. Die Mannschaft ist längst drin. Einer nach dem anderen lädt seinen Motor langsam Probe laufen. Die Beladung ist richtig doppelt so groß wie die Zahl der Passagiere. Drei Männer liefern in jede der Motorsegelboote. Die sind wegen der Luftführung nach zwei Seiten offen. Alle zwei Stunden wird einer abgedankt. Dann muss er über eine Strecke die paar Meter in den Schiffsbau trudeln. Niemand muss diese Leute haben...

Drei Uhr. Vor den Toren des Luftschiffbaus war ein großes Gebäude, "schreibt Dr. Rauter als Fluglieferant des Uffeldienstes in der BZ am Mittag. Sie sind die geborenen Statistiker, diese Herren. Sie zählen nach Bedarf mehrfach oder teilen die Zahl der Anwesenden. Das große Gebäude" vor den Toren wäre bei einer kommunistischen Demonstration überhaupt nicht erwähnt worden. Denn das bekannte "kleine Häuflein" von Demonstranten ist regelmäßig zehn- bis hundertmal so groß wie dieses "Gebäude", durch das man sich ganz bequem durchdrücken konnte.

Vierte Uhr. In der Halle. Die Zechen werden zurechtgelegt. Kommandoworte: etwa hundert Feldgrave rütteln an zur Storchsilbe. Wer hat ihnen das befohlen? Wie kommt unsere Elternschaft dazu, sich einem "privaten" Industriewerk zur Verfügung zu stellen? Übung, lieber Leiter! Sie trainieren. Sie werden eingedrillt für den Ernstfall.

Ein Wehrbeamter pfeift. Dreißig Leute jammern sich an der hinteren Motorsegelkabine; Empfehlens! Sie haben. Wasser

